

40 000 Unwahrheiten

Die NSA hat offenbar mit Wissen des Bundesnachrichtendienstes Unternehmen und Behörden in Deutschland und im übrigen Westeuropa ausgespäht.

Von Maik Baumgärtner, Nikolaus Blome, Hubert Gude, Marcel Rosenbach, Jörg Schindler, Fidelius Schmid, DER SPIEGEL, 25.04.2015

Wie wichtig den Amerikanern ihre neue Niederlassung in Bayern war, ließ sich schon an der Bauzeit erkennen: nur viereinhalb Monate, nicht mehr. Schon stand auf dem Gelände der Mangfall-Kaserne in Bad Aibling das neue, abhörsichere Gebäude. Ohne Fenster, mit metallischer Außenhaut. Die Kollegen des Bundesnachrichtendienstes (BND) spotteten über die "Blechdose".

Der Bau war Ausdruck einer besonders engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen NSA und dem deutschen Auslandsgeheimdienst. Die ehemalige US-Spähstation Bad Aibling war 2004 dem BND offiziell übergeben worden.

Die Chefs der Behörden hatten vereinbart, dort im Geheimen zusammenzuarbeiten. Sie installierten gemeinsame Arbeitsgruppen, eine für Datenabgriffe ("Joint Sigint Activity"), eine für die Datenanalyse ("Joint Analysis Center").

Was die Deutschen offenbar nicht mitbekommen sollten: Ihre Partner in der Blechdose interessierten sich nicht nur für den globalen Terrorismus. Sie nutzten ihre technischen Fähigkeiten auch, um Unternehmen und Behörden in Westeuropa auszuspähen. Dabei machten sie nicht mal vor deutschen Zielen halt. Spätestens 2008 bemerkten die Deutschen den Vorgang, aber schauten dem Treiben bis 2013 zu.

Als der neuerliche Affront am vorigen Donnerstag publik wurde, herrschte in der Hauptstadt Fassungslosigkeit. Auch wenn sich das Ausmaß erst abzeichnete - auf die

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Berliner Bühne kehrt damit ein Skandal zurück, den keine Regierung jemals wirklich aufzuklären versuchte. Schwarz-Gelb wollte ihn vom Tisch wischen, die Große Koalition versuchte, ihn mittels "strukturierten Dialogs" unter Federführung des Außenministeriums in einem Meer von Floskeln zu versenken.

Es geht um die mindestens versuchte massenhafte Ausspähung deutscher und westeuropäischer Ziele - und darum, was der BND davon wusste und inwieweit er dabei half, aus Versehen oder gar mit Absicht. Damit geht es auch um die grundsätzliche Frage: Können transatlantische Verbündete einander trauen, oder sollten sie stets das Schlimmste selbst von engsten Partnern annehmen?

Die Regierung wird rasch Antworten geben müssen, auch darüber, wie sie die neuen Vorwürfe gegen die NSA in Washington zur Sprache bringen will; eine Übung, die in den vergangenen zwei Jahren stets nah an eine Demütigung der Deutschen führte. Die Sache hat das Zeug zur Staatsaffäre.

Dabei hätte dieser Skandal bereits kurz nach Beginn der NSA-Affäre im Sommer 2013 zumindest intern aufgearbeitet werden können - wenn Verantwortliche im BND ihr Wissen nicht für sich behalten hätten.

Als Medien seinerzeit darüber berichteten, dass die NSA in großem Stil Daten aus Deutschland und Europa absaugte und diese Daten nicht nur dem globalen Antiterrorkampf dienten, wurde offenbar auch der deutsche Auslandsnachrichtendienst misstrauisch.

In den Jahren zuvor war BND-Leuten mehrmals aufgefallen, dass die sogenannte Selektorenliste, die man von den NSA-Partnern erhalten hatte und die seither regelmäßig aktualisiert wurde, einige Merkwürdigkeiten aufwies.

Die Selektoren sind Ziele wie IP-Adressen, Handynummern oder E-Mail-Konten. Hunderttausende, womöglich gar mehr als eine Million davon befinden sich in den BND-Überwachungssystemen - Treffer werden automatisiert angezeigt.

Bei den Selektoren von der NSA stellte sich spätestens 2008 heraus, dass sie nicht nur Terrorpaten und Waffenschmuggler betrafen. Die Suche zielte, unter anderem, auf den Rüstungskonzern EADS, den Hubschrauberhersteller Eurocopter und französische Behörden. Erst nach den Enthüllungen des Whistleblowers Edward

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Snowden entschloss sich der BND dazu, diesen Merkwürdigkeiten auf den Grund zu gehen. Eine Überprüfung kam im Oktober 2013 zu dem Ergebnis: Mindestens 2000 dieser Selektoren waren offenkundig gegen westeuropäische und sogar gegen deutsche Interessen gerichtet.

Das wäre ein klarer Bruch des "Memorandum of Agreement", das die Regierungen in Washington und Berlin 2002 unter dem Eindruck der Anschläge vom 11. September miteinander geschlossen hatten. Darin wurden gemeinsame weltweite Überwachungsoperationen vom Horchposten Bad Aibling aus geregelt.

Die Kooperationspartner versicherten einander damals, dass weder Deutsche noch Amerikaner ausgeforscht würden. Das galt ausdrücklich für "reale" und "juristische Personen", etwa Firmen und Verbände.

Über den Verstoß gegen diesen Vertrag wurde im Oktober 2013 offenbar nicht einmal die BND-Leitung informiert und damit auch nicht das Kanzleramt, das die Aufsicht über die Behörde führt. Stattdessen wandten sich die Geheimdienstler an die amerikanischen Kollegen - und baten darum, derlei zu unterlassen.

Im Frühjahr 2014 nahm im Berliner Bundestag der NSA-Untersuchungsausschuss seine Arbeit auf. Als Berichte über die Spionageziele EADS und Eurocopter publik wurden, stellten Linke und Grüne in dem Gremium einen Beweisantrag, um der Sache auf den Grund zu gehen.

Im BND befasste sich daraufhin die für die Ausschussarbeit zuständige Projektgruppe erneut mit den NSA-Selektoren. Am Ende hatte sie nicht 2000, sondern bis zu 40 000 verdächtige Suchparameter entdeckt - die Rede ist von Spionagezielen in westeuropäischen Regierungen und zahlreichen Unternehmen. Auch den Verdacht, dass die NSA systematisch gegen deutsche Interessen verstoßen habe, sahen die Prüfer bestätigt; die Amerikaner könnten, quasi unter den Augen der Deutschen, Wirtschaftsspionage betrieben haben.

Erst am 12. März dieses Jahres landete die Information im Bundeskanzleramt. Dort erkannte man sofort, dass sie politischen Sprengstoff barg, und entschloss sich, in die Offensive zu gehen. Vorigen Mittwoch tagte in Berlin das Parlamentarische Kontrollgremium, das für die drei deutschen Geheimdienste des Bundes zuständig ist. Deren Chefs erstatten im abhörsicheren Sitzungsraum U1.214 in der Regel persönlich

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Bericht.

Den Mitgliedern schwante, dass etwas im Busch sein müsse, als sich für die Sitzung Kanzleramtschef Peter Altmaier ankündigte und die Obleute des NSA-Untersuchungsausschusses dazugebeten wurden. BND-Präsident Gerhard Schindler sollte hingegen ausdrücklich nicht an der Sitzung teilnehmen. In dessen Amt gebe es "technische und organisatorische Defizite", rügte die Regierung tags darauf unverblümt.

Der Auslandsnachrichtendienst ist in Erklärungsnot. Denn er ist nicht nur seinem Aufsichtsorgan, dem Bundeskanzleramt, rechenschaftspflichtig. Vertreter des BND hatten sich auch gegenüber dem Parlamentarischen Kontrollgremium und dem NSA-Ausschuss mehrmals zu den Vorgängen in Bad Aibling eingelassen. Die Äußerungen erscheinen nun in neuem Licht.

So behauptete der Dienst laut einem als geheim eingestuften Vermerk noch im Jahr 2013 gegenüber den Bundestagsabgeordneten, die seine Arbeit kontrollieren sollen: Die Zusammenarbeit in Bad Aibling laufe gemäß Recht und Gesetz und den strengen Vorgaben.

In dem Vermerk heißt es: "Der Nutzen für den BND (liegt) im Know-how-Gewinn und der gegenüber anderen Partnern engeren Kooperation mit der NSA." Die von der US-Seite einfließenden Daten würden "vor der Einsteuerung in die Fm(Fernmelde)-Erfassungssysteme vom BND geprüft auf die Einhaltung der vereinbarten Regeln". Ausdrücklich bedeute das: "keine Steuerung entgegen deutschem Interesse".

Nun weiß man es besser. Eine der Kernfragen für die Aufarbeitung der Affäre lautet: Wusste der BND es damals wirklich nicht? Oder wollte er es nicht wissen?

Auch der NSA-Untersuchungsausschuss hat bereits mehrmals ehemalige und noch aktive deutsche Geheimdienstler zum Thema "Selektoren" und "Suchkriterien" befragt. Vor Beginn jeder Befragung werden sie belehrt, dass Falschaussagen vor dem Gremium geahndet werden können. Die BND-Mitarbeiter beteuerten mehrmals, die von der US-Seite gelieferten Selektoren würden genauestens überprüft.

Der Unterabteilungsleiter der zuständigen Abteilung "Technische Aufklärung" erklärte bei seiner Vernehmung im März: BND-Juristen würden "jeden einzelnen Suchbegriff" und "jeden einzelnen Selektor" daraufhin prüfen, ob er mit dem "Vertrag

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

der Kooperation" vereinbar sei. Dies betreffe nicht nur Grundrechtsträger und deutsche Firmen - "auch europäische würden wir aussortieren nach unserer Kenntnis".

Ein "Einschmuggeln" solcher Suchfaktoren würde bei langjährigen Operationen "auffallen", sagte der Zeuge. "Über all die Jahre zu versuchen, uns Selektoren unterzujubeln, um Wirtschaftsspionage zu betreiben - ich glaube, das ist nicht möglich." Und: "Das ist uns auch nie aufgefallen."

Die Mitglieder des NSA-Ausschusses fühlen sich belogen, entsprechend harsch fielen die Reaktionen aus: "Spätestens nach den Snowden-Veröffentlichungen 2013 hätten alle Beteiligten auf allen Ebenen, also auch das Bundeskanzleramt, bezüglich der Kooperation mit der NSA bösgläubig sein müssen", sagt der Grünen-Obmann Konstantin von Notz.

"Der Spionageskandal zeigt das Eigenleben und die Unkontrollierbarkeit der Geheimdienste", so die Linken-Obfrau Martina Renner. "Personelle Konsequenzen müssen folgen, und die Bundesanwaltschaft muss ermitteln."

Bis Donnerstag hatte die Regierung die Karlsruher Behörde allerdings noch nicht mal über den Vorgang informiert.

Teil 2: Der unheimliche Dienst

Die jüngste Spionage-Affäre stürzt den BND in eine seiner größten Krisen - und trifft damit auch das Zentrum der Macht: Angela Merkel und ihr Kanzleramt.

Von Maik Baumgärtner, Nikolaus Blome, Matthias Gebauer, Hubert Gude, Frank Hornig, Martin Knobbe, Veit Medick, Gordon Repinski, Sven Röbel, Marcel Rosenbach, Jörg Schindler, Fidelius Schmid, Holger Stark, Gerald Traufetter, DER SPIEGEL, 02.05.2015

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Ein Tag im Sommer, es war der 14. Juli 2013. Die Bundeskanzlerin saß auf einem roten Sessel, ihr gegenüber zwei Moderatoren der ARD. Im Hintergrund floss die Spree, der Himmel war bedeckt, es war das traditionelle Sommerinterview fürs Fernsehen. Deutschland diskutierte über das zügellose Treiben des amerikanischen Geheimdienstes NSA, Edward Snowdens erste Enthüllungen lagen gerade einen Monat zurück. Die Kanzlerin hatte ihren Innenminister nach Washington geschickt, sie demonstrierte Tatkraft und war gut gelaunt.

Ob sie denn wisse, welche Daten genau aus Deutschland abgegriffen worden seien, wollten die Moderatoren wissen, "das Stichwort Wirtschaftsspionage macht ja auch die Runde". Angela Merkel saß ruhig auf ihrem roten Sessel. "Also da", setzte sie an, "wurde dem Bundesinnenminister sehr deutlich gesagt: Es gibt keine Industriespionage gegen deutsche Unternehmen."

Nur wenige Hundert Meter vom roten Sessel entfernt aber war der Kenntnisstand ein anderer. Im Kanzleramt von Angela Merkel wusste man längst, dass diese Auskunft der Amerikaner so nicht stimmte.

Spätestens seit 2010 hatten die Mitarbeiter der Kanzlerin Hinweise darauf, dass die NSA versucht hatte, europäische Firmen auszuspionieren, darunter auch EADS, ein Luftfahrt- und Rüstungsunternehmen mit deutscher Beteiligung. Man wusste zudem, dass die Amerikaner für ihre Spitzelei den Bundesnachrichtendienst (BND) einspannen wollten. Es wäre verwunderlich, wenn von diesen Vorgängen nicht auch Merkel längst wusste, als sie bei der ARD auf dem roten Sessel saß. Wusste sie es tatsächlich nicht, dann wäre dies sogar noch schlimmer.

Die Kanzlerin führt offiziell die Aufsicht über den Auslandsgeheimdienst, den BND. Eine ganze Abteilung in Merkels Haus kümmert sich darum, sie soll die Aufträge für den BND formulieren, sie soll ihn steuern, vor allem aber soll sie ihn kontrollieren. In dieser Aufgabe hat das Amt der Kanzlerin nicht nur geschludert, es hat versagt. Der Skandal um die Spähattacken der NSA, um die offensichtliche Zusammenarbeit von BND und NSA, er ist damit auch ein Skandal der Kanzlerin.

Eine Onlinemeldung des SPIEGEL hatte den jüngsten Geheimdienstskandal am Donnerstag vergangener Woche angefacht. Demnach hat die NSA offenbar massiv

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

versucht, über BND-Anlagen deutsche und europäische Ziele auszuspionieren. Trotz der Hinweise vor Jahren hat das Kanzleramt so gut wie nichts dagegen unternommen.

Das Ausmaß dieser Affäre wurde in der vergangenen Woche Stück für Stück sichtbarer. Die NSA hat über den BND offenbar nicht nur Unternehmen ins Visier genommen, sondern auch Politiker und Institutionen in Europa. Darauf deuten Suchkriterien hin, mit denen die Amerikaner ihre deutschen Partner versorgten. Inzwischen prüft die Bundesanwaltschaft, ob "ein Anfangsverdacht für eine in unsere Zuständigkeit fallende Straftat vorliegt". Der Generalbundesanwalt ist unter anderem für die Strafverfolgung von Spionage und Landesverrat zuständig.

Wie Recherchen des SPIEGEL jetzt belegen, war die Hilfsbereitschaft des BND noch größer als bislang gedacht. In einer streng geheimen Operation "Monkeyshoulder" plante der BND auch mit dem britischen Geheimdienst GCHQ eine enge Kooperation, die NSA war ebenfalls involviert. Von dieser fragwürdigen Zusammenarbeit sollte selbst das Kanzleramt zu Beginn nichts wissen.

Hinzu kam in den vergangenen Tagen ein weiterer, schwerwiegender Verdacht: Hörten die USA im Berliner Regierungsviertel gezielt Mitarbeiter des Kanzleramts ab? Spionierten sie Journalisten aus?

Es ist ein Skandal, der sich wie ein Sturm zusammenbraut und zu einer veritablen Staatsaffäre werden könnte. Doch diejenige, die am Ende die Verantwortung trägt, schickte bislang nur ihren Regierungssprecher vor.

Ein unausgesprochener Deal mit den USA wird damit zum Problem für Angela Merkel und ihre Regierung. Um die Bundesrepublik vor Terroranschlägen zu schützen, sollten amerikanische Geheimdienste von deutschem Boden aus Millionen Daten abschöpfen können, mithilfe des BND und ohne echte politische Kontrolle.

Nun muss sich die Kanzlerin die Frage stellen lassen, wie dieses Verhalten zu ihrem Amtseid passt: Was geschieht, um deutschem Recht Geltung zu verschaffen? Werden deutsche Interessen verraten, wenn amerikanische Geheimdienste ungestraft die deutsche Industrie ausspähen - oder dies zumindest versuchen? Was ist faul in einem Staat, dessen eigener Geheimdienst dabei entweder wegschaut oder gar mithilft? Nicht zu reden von dem Schaden, den die jüngste Affäre bei Deutschlands Nachbarn anrich-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

tet: Ist ein gutes Verhältnis zu den Amerikanern wichtiger als das Vertrauen der europäischen Partner?

Wer verstehen will, wie sich in einem System voller Rechte und Regeln eine Behörde entwickeln kann, die irgendwann ihre ganz eigenen Gesetze schreibt, sollte sich den 23. Oktober 2001 ins Gedächtnis rufen.

Damals nahm Otto Schily als Bundesinnenminister in einem Konferenzraum in Washington Platz. Neben ihm saß John Ashcroft, der damalige Justizminister der Vereinigten Staaten von Amerika. Es ging um die Anschläge von New York, sie lagen sechs Wochen zurück. Ashcroft sagte, dass drei der Todespiloten und drei ihrer Komplizen in Hamburg gewohnt hatten. Es war eine schlichte Feststellung, zugleich war es eine schallende Ohrfeige. Otto Schily wirkte wie ein gemäßregelter Pennäler. Eine amerikanische Untersuchungskommission schrieb später Deutschland eine Mitschuld zu, die Anschläge nicht verhindert zu haben.

Bundeskanzler Gerhard Schröder gab eine klare Linie vor. Er versprach den Amerikanern "uneingeschränkte Solidarität". Für die deutschen Sicherheitsbehörden war es wie ein Startschuss in ein neues Zeitalter: Die Autorität saß nun nicht mehr nur in Berlin. Sie saß auch in Washington.

Damit veränderte sich das Verhältnis zwischen der Bundesregierung und ihrem Geheimdienst. Die Behörde in Pullach entwickelte ein neues Eigenleben, ihre Aufseher in Berlin ließen sie gewähren.

Er habe sich nach dem 11. September 2001 intensiv um ein gutes Verhältnis zum BND bemüht, sagt der damalige NSA-Chef Michael Hayden. "Ich wollte nicht wie ein Besatzer auftreten, sondern die Zusammenarbeit ausbauen." Beim BND traf er damals mit August Hanning auf einen Präsidenten, der diese Kooperation förderte, wo er nur konnte.

Hunderte US-Agenten tummelten sich fortan in Deutschland und observierten Terrorverdächtige von Hamburg bis Wiesbaden, nur die wenigsten davon waren der Bundesregierung namentlich gemeldet, wie es die Vorschrift gewesen wäre. Als "beste Außenstelle von CIA und NSA" bezeichnet ein ehemaliger Mitarbeiter im Kanzleramt den deutschen Nachrichtendienst. "Deutschland wurde zum Aufklärungsziel Nummer eins in Europa", sagt der ehemalige NSA-Mitarbeiter Thomas Drake.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Allerdings profitierten die Deutschen auch von dem mächtigen Überwachungsapparat: Die sogenannte Sauerland-Gruppe flog dank eines Hinweises aus den USA auf, einen größeren islamistischen Terroranschlag hat es bis heute auf deutschem Boden nicht gegeben.

Das war womöglich einer der Gründe, weshalb der BND oder andere Dienste die Amerikaner gewähren ließen, selbst wenn sie etwas von den Spitzeleien bemerkten. Ähnlich leger sahen es die Aufseher im Kanzleramt, von denen einige ihre Karriere in den Diensten begonnen hatten: Es war eine eingeschworene Clique der Geheimen, die da agierte, offen für die Belange der Amerikaner, verschlossen für Kritik von außen. So ist es bis heute.

"Wir waren in den Augen der Amerikaner wie ein US-Flugzeugträger mitten auf dem Kontinent", sagt ein hochrangiger Regierungsbeamter in Berlin.

Mehr Distanz, mehr Kontrolle, mehr Autonomie - selbst wenn sie es gewollt hätten, wäre es den Deutschen kaum noch möglich gewesen, sich von den USA zu emanzipieren. Viel später als die NSA hatte der BND verstanden, dass sich Technik und Aufklärungsziele radikal ändern mussten. Um mit der digitalen Revolution Schritt zu halten, waren die Deutschen auf die Amerikaner angewiesen. In einem internen Papier des Kanzleramts heißt es: Die NSA biete die Möglichkeit, "wieder Anschluss an die Entwicklung in der Kommunikationstechnik zu gewinnen und langfristig zu halten".

Diese Abhängigkeit verhindert, dass die deutsche Regierung die Probleme der Zusammenarbeit offen und ehrlich diskutiert. Sie würde die Gunst der Amerikaner riskieren, auf die sie angewiesen zu sein glaubt. Die Grundlage für eine neue, besonders enge Kooperation wurde im April 2002 gelegt, mit einem "Memorandum of Agreement", einem sechsseitigen Papier mit mehr als 70 Seiten Anhang. Es regelte die Details der neuen Abhörallianz, und es sollte verhindern, dass in der Bundesrepublik Deutsche oder Amerikaner abgehört würden. Daten aus Europa sollten nur dann Verwendung finden, wenn es um eine konkrete Terrorbedrohung ging. Die Partner sicherten zu, sich gegenseitig in die Erteilung und Erfassung der Aufträge blicken zu lassen. Im Laufe der Jahre geriet diese Vereinbarung aber offenbar in Vergessenheit.

Einer der leistungsstärksten Horchposten der Amerikaner in Europa war die Antennenanlage von Bad Aibling, welche die USA gebaut und 2004 offiziell dem BND

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

übertragen haben. Heimlich verlegte Leitungen führen unter Feldern und Wiesen hindurch zur Mangfall-Kaserne, wo der BND die groß angelegte Überwachung der Satellitenkommunikation seither heimlich steuert.

Die Amerikaner richteten sich auf dem Kasernengelände in Sichtweite der Kugeln ein. Sie bauten einen großen, fensterlosen, schwarzen Klotz, der per Glasfaserkabel an das NSA-Datennetz angeschlossen ist. Auf dem Kasernengelände ist auch die Verbindungsstelle zwischen NSA und BND zu Hause, die sogenannte Suslag.

Mithilfe der Amerikaner fängt der BND in Bad Aibling seit nun über zehn Jahren großflächig Signale aus Krisenregionen ab: Telefongespräche, E-Mails, SMS-Nachrichten. Grundlage dafür sind nicht zuletzt Suchbegriffe der Amerikaner, die sogenannten Selektoren. Täglich werden neue von amerikanischen Servern abgerufen, bis 2015 summierte sich ihre Gesamtzahl auf 4,6 Millionen. Die Techniker des BND speisen sie für die NSA-Kollegen in das System ein und leiten die Ergebnisse wieder an sie weiter. Es ist ein eingespieltes Miteinander.

Ein breiter Fluss von Daten rauscht so jeden Monat durch die Spionageschleuse in Bad Aibling. Dieser Strom wird von den Deutschen nach BND-Angaben gefiltert, denn deutsche und amerikanische Ziele sollen gemäß dem Memorandum ausgenommen sein. Daten von Anschlüssen mit der deutschen Vorwahl 0049 oder Internetadressen mit der Endung ".de" sollen nicht in die Hände der Amerikaner fallen. Es sei denn, es handelt sich um Schwerverbrecher wie Terroristen oder Waffenschieber.

In 2010, dem Jahr, in welchem das Kanzleramt nachweislich vom ungewöhnlichen Recherchedrang der Amerikaner erfuhr, war Ernst Uhrlau bereits seit fünf Jahren Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Er hatte, zumindest für die Öffentlichkeit, in den ersten Jahren seiner Amtszeit die Praxis der "bedingungslosen Solidarität" korrigiert. Es waren die Jahre, als Amerika seine hässliche Fratze zeigte: Bilder von nackten Gefangenen aus dem Foltergefängnis Abu Ghraib tauchten auf, die Welt lernte, was Waterboarding ist und wie die CIA willkürlich Menschen entführte.

Uhrlau installierte im BND Juristen, die jede Operation, besonders mit amerikanischer Beteiligung, auf rechtliche Bedenken prüfen sollten. Und er reduzierte die Zahl der gemeinsamen Operationen drastisch.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die gemeinsame Überwachung von BND und NSA lief trotz dieser Distanzierung weiter. Auf die starke Schulter des großen Bruders wollte der BND auch unter seinem Präsidenten Uhrlau nicht verzichten. Die Amerikaner wiederum verstanden, dieses Zutrauen für ihre Zwecke zu nutzen.

Das Ausmaß der US-Spionage am Horchposten in Bad Aibling wurde im August 2013 deutlich: Der BND hatte nach den Snowden-Enthüllungen Beamte beauftragt, die Suchbegriffe der Amerikaner genauer unter die Lupe zu nehmen. Ein Sachbearbeiter setzte sich an einen Rechner und durchforstete die Selektorendatei der NSA mit Kürzeln, wie sie in den E-Mail-Adressen von Diplomaten, Botschaftern und Mitarbeitern von Bundesbehörden vorkommen: Er versuchte es mit "diplo" und mit "bundesamt".

Allein die Suche nach diesen Bezügen ist vielsagend, zeigt sie doch, dass nun, nach den Enthüllungen, der BND seinem US-Partner durchaus zutraute, sich über alle Konventionen und Vereinbarungen hinwegzusetzen und Deutsche ins Visier zu nehmen. Der BND-Mann suchte in der Datenbank auch nach dem Bestandteil "gov", das viele europäische Regierungen in ihren E-Mails verwenden. Auf Anhieb landete er einen Volltreffer: Es fanden sich rund 12 000 solcher Merkmale in der aktiven Suchdatei, darunter etliche E-Mail-Adressen, die zu hochrangigen französischen Diplomaten führten. Wie sich herausstellte, barg die Liste mit den Treffern Sprengstoff: Sie verstieß eindeutig gegen die Vereinbarungen von 2002, gegen das Memorandum of Agreement. Auch E-Mail-Accounts von EU-Institutionen und Mitarbeitern weiterer europäischer Regierungen sollen in den US-Suchbegriffen aufgetaucht sein. Die Suche aber blieb zunächst offenbar ohne Konsequenzen. Wenn es stimmt, dass BND-Präsident Schindler erst am 12. März dieses Jahres vom Ergebnis der Nachforschungen erfuhr, dann muss die Abteilung in Bad Aibling ihre Treffer über eine lange Zeit für sich behalten haben.

Darauf deutet ein Schriftverkehr hin, der so knapp wie brisant war: Am 14. August 2013 teilte der BND- Sachbearbeiter seinen ungeheuerlichen Fund dem Verantwortlichen des BND in Bad Aibling mit dem Kürzel R. U. mit. "Was soll ich damit machen?", schrieb der Beamte. Die Antwort war: "Löschen."

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Dass die USA die Kooperation mit den willfährigen BND-Freunden auch für Lauschangriffe auf den europäischen Rüstungskonzern EADS und dessen Tochter Eurocopter nutzte, war bereits seit 2005 intern bekannt. Im Januar 2006 kabelte die Außenstelle Bad Aibling erstmals eine Info darüber an die Zentrale in Pullach. Darin nannte der Mitarbeiter die Begriffe "EADS" und "Eurocopter", er hängte eine Excel-Tabelle mit unzähligen Sachbegriffen an. Ist es glaubhaft, dass der damalige BND-Präsident von dem damit dokumentierten dramatischen Verdacht nichts erfuhr, die NSA betreibe klammheimlich die Ausforschung von Unternehmen, also womöglich Wirtschaftsspionage? Zumal in einem Industriezweig, in dem der Wettbewerb mit US-Firmen besonders intensiv ist? Oder verschwand die Mail in einer Schublade der Abteilung Technische Aufklärung?

Erst vier Jahre später erreichte die brisante Info nach derzeitigem Stand das Bundeskanzleramt. Empfänger: der für den BND zuständige Spitzenbeamte der Abteilung 6 Guido Müller, heute Vizepräsident des BND. Der Titel: "Sachstand Zusammenarbeit Abteilung TA mit NSA". Darin hieß es klar und unmissverständlich: "Dass die NSA weiterhin gemäß US-Interessen deutsche Ziele aufklärt, kann allerdings nicht verhindert werden." Die US-Spezialisten der Joint Sigint Activity (JSA) in Bad Aibling würden dieses Ziel zwar nicht verfolgen, heißt es. "NSA hat jedoch in 2005 Erfassungskriterien zu den Firmen EADS, Eurocopter und verschiedenen französischen Behörden in JSA eingestellt." Der BND habe dies entdeckt "und im Anschluss unterbunden".

Hintergrund des überraschenden Briefings war ein Besuch der US-Leitung von Bad Aibling beim Geheimdienstkoordinator Günter Heiß, der gerade ein paar Monate im Amt war. In den folgenden Monaten tauchte der Hinweis immer wieder auf, etwa zur Vorbereitung von Heiß auf ein Treffen mit dem damaligen NSA-Chef Keith Alexander. Sieben Vermerke enthalten die Warnung, zuletzt am 2. Dezember 2011.

Auf die Idee, den verräterischen Selektoren auf den Grund zu gehen, kam offenbar niemand. Dabei hätte es einen weiteren Anlass gegeben, sich das Treiben der Amerikaner in Deutschland sehr genau anzuschauen.

Trifft ein Bericht der "Bild am Sonntag" zu, dann hat das Kanzleramt durch einen weiteren Vorgang schon seit Jahren Hinweise darauf, dass die US-Nachrichtendienste Gespräche von deutschen Regierungsmitarbeitern abhören. 2011 soll der Berli-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

ner CIA-Chef Merkels Leute darüber unterrichtet haben, dass ein leitender Mitarbeiter des Kanzleramts angeblich Medien "gute Storys" zuspiele. Dem Blatt zufolge habe der CIA-Vertreter einen Gruppenleiter der Abteilung 6 "als mutmaßlichen Maulwurf" benannt. Der Beamte wurde wenig später von seinen Aufgaben entbunden und sollte in ein anderes Ministerium versetzt werden. Nach einer Klage vor dem Berliner Verwaltungsgericht durfte er in der Geheimdienstabteilung im Kanzleramt bleiben, wurde aber mit Archivaufgaben betraut und von sensiblen Sitzungen ausgeschlossen. Die Personalangelegenheit führte der damalige Kanzleramtschef Ronald Pofalla, zuständig war sein Abteilungsleiter Günter Heiß.

Der Bericht lässt mehrere Szenarien zu, die damals auch im Kanzleramt durchgespielt worden sein müssen: Fängt die NSA im Berliner Regierungsviertel flächendeckend Gespräche auf und ist auf diese Weise auf den Kanzleramtsmitarbeiter gestoßen? Hören die Amerikaner gezielt die Konversation von Mitarbeitern des Kanzleramts ab? Oder überwachen die US-Dienste gezielt deutsche Journalisten? Jedes dieser drei Szenarien bedeutete einen Skandal mit weitreichenden Folgen für das transatlantische Verhältnis.

Rückblickend, im Licht der Affäre um das überwachte Handy der Bundeskanzlerin, erscheint vieles plausibel - aber im Kanzleramt hätten bereits 2011 alle Warnlampen angehen müssen. Bislang schweigt das Kanzleramt zu den Vorwürfen. Eine Fragenliste des SPIEGEL ließen Merkels Leute bis zum Redaktionsschluss unbeantwortet. Aber spätestens vor dem Untersuchungsausschuss, der den neuerlichen Vorwürfen nachgeht, wird sich das Kanzleramt erklären müssen.

Das gilt im gleichen Maße für die merkwürdigen Vorgänge in Bad Aibling. Spuren einer wohl rund 40 000 verdächtige Selektoren umfassenden "Negativdatei" finden sich auch in den Unterlagen von Edward Snowden.

Es handelt sich um ein Dokument mit der Bezeichnung "Einschränkungen für die JSA" ("JSA restrictions"), und es stammt aus den Beständen des britischen Abhördienstes GCHQ. Darin heißt es, die gemeinsam von Amerikanern und Deutschen betriebene Überwachungseinheit Joint Sigint Activity verfüge über "einzigartige Zugänge", unterliege aber "einigen Beschränkungen", was die Abhörziele angehe.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Demnach dürften erstens keine Deutschen und auch keine Staatsbürger der sogenannten Five Eyes Ziel der Überwachung sein. Zu den Five Eyes zählen die Geheimdienste der Länder USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Großbritannien. Zweitens dürften von dort aus keine "europäischen Wirtschaftsziele" ins Visier genommen werden. "Nicht akzeptiert" würden von der JSA zudem "heikle" nationale Selektoren wie die Internetadresssendungen für Deutschland, Österreich und die Five-Eyes-Staaten.

Danach folgt eine Liste mit Unternehmen, "die nicht überwacht werden sollten, weil es sich um deutsche Firmen oder Einrichtungen handelt". Die folgende Zusammenstellung ist überraschend. Zum einen waren "europäische Wirtschaftsziele" ja angeblich ohnehin komplett ausgenommen, zum anderen ist die Liste mit gerade 31 Einträgen überraschend kurz. Sie wirkt zudem einigermaßen erratisch.

So finden sich darauf die Unternehmen EADS und Eurocopter, die später auch in den sieben Vermerken des Bundeskanzleramts auftauchten. Die Überwachung des Luftfahrtkonzerns EADS, der heutigen Airbus-Gruppe, ist in weiteren Unterlagen aus dem Snowden-Bestand sogar mit einem Namen verbunden, zusammen mit einer Telefonnummer aus Saudi-Arabien.

Der genannte Mitarbeiter von EADS ist in einem sensiblen Bereich tätig: Er kümmert sich um die Rüstungsexportgenehmigungen unter anderem der Verteidigungssparte. Viele dieser Aufträge sind streng geheim und werden nur im Bundessicherheitsrat erörtert, einem geheim tagenden Ausschuss des Bundeskabinetts, der keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Der Mann wird in der Liste als "Treffer" geführt und als "potenziell interessantes" neues Überwachungsziel.

Airbus-Chef Tom Enders, ein ausgesprochener Freund der USA, sei irritiert und äußerst verärgert über das tagelange Schweigen der Bundesregierung, sagt ein hochrangiger Airbus-Manager. Er fordere Berlin auf, Stellung zum Vorwurf der Industriespionage zu beziehen. Sein Unternehmen hat mittlerweile Strafanzeigen gegen unbekannt erstattet, wegen Industriespionage.

Airbus, oder früher EADS, ist für ausländische Spione wohl tatsächlich das spannendste Unternehmen in Deutschland. Als größtes Rüstungsunternehmen Europas stellt es Produkte her, gegen die amerikanischen Firmen direkt konkurrieren. Dazu zäh-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

len das Kampfflugzeug "Eurofighter", Spionagesatelliten und die Raketen für das Atomprogramm des französischen Militärs. Vor einigen Jahren ging der Konzern mit dem Betankungsflugzeug A330 MRTT in Konkurrenz zu Boeing um einen 35-Milliarden-Auftrag der U. S. Air Force.

Neben dem Rüstungsbereich streiten Boeing und Airbus aber auch um die Marktführerschaft bei zivilen Passagiermaschinen. Ein Wettstreit, bei dem es sowohl in Europa als auch in den USA ums große Prestige geht.

Auf der Liste aus den Snowden-Unterlagen werden noch weitere Unternehmen genannt: Siemens, Boehringer-Ingelheim, die Deutsche Bank und Debitel, auch der BND-Ausrüster Rohde & Schwarz, Mercedes-Benz, MTU oder ND SatCom aus Immenstaad am Bodensee. Ebenfalls namentlich verzeichnet sind der Wertpapiergeschäftsabwickler Clearstream, eine in Luxemburg angesiedelte Tochterfirma der deutschen Börse, sowie der Logistikriese DHL.

Gemeinsam ist den Unternehmen, dass ihre genannten Firmen-Domains nicht auf ".de" enden, sondern auf ".com", ".org" oder ".net". Somit wären sie für automatisierte Filter nicht gleich als deutsche Firmen identifizierbar gewesen - was erklären könnte, warum sie explizit auf der Liste genannt wurden.

Handelt es sich um Selektoren, die von den Amerikanern beim BND eingespeist und dort abgelehnt wurden? Oder wurden die Firmen schon jahrelang überwacht - und erst nachträglich diskret aus der Zielliste entfernt? Standen die Unternehmen auf jener Liste der vom BND entdeckten 2000 Selektoren, die eindeutig deutschen und europäischen Interessen zuwiderliefen? Der Bundesnachrichtendienst äußert sich dazu nicht, ebenso wenig das Bundeskanzleramt.

Dass ausländische Geheimdienste auch Wirtschaftsspionage betreiben, hätte Merkel auch ohne Kenntnis der aktuellen Enthüllungen wissen müssen, als sie die Fragen der ARD-Moderatoren beantwortet hat. Bei den meisten Diensten, etwa bei den Franzosen, aber auch bei den Amerikanern, ist die Wirtschaftsspionage sogar schriftlich im Aufgabenprofil festgehalten.

Gerhard Schindler, der Chef des BND, soll erst am 12. März vom Ausmaß der unerlaubten Spionageoperationen erfahren haben. Er meldete es daraufhin sofort ins Kanzleramt. Eine Woche später reiste Peter Altmaier, der amtierende Kanzleramtsmi-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

nister, mit großem Gefolge nach Pullach in die BND-Zentrale. Es war klar, dass der Dienst ein Problem hatte - und nicht nur er.

Schindler ist ein Mann, der Probleme gern anpackt. Manchmal fehlt es ihm dabei an Feingefühl. Nach Amtsantritt vor drei Jahren forderte er den BND auf, "gut kalkulierte Risiken" häufiger einzugehen, und garnierte seine These mit dem Spruch: "No risk, no fun." Er machte sich damit nicht nur Freunde. Um aber ein besseres Klima mit den Amerikanern wiederherzustellen, nach den Jahren der leisen Distanz unter Ernst Uhrlau - dafür war Schindler der richtige Mann.

2011 plante er seinen Antrittsbesuch in Washington. Zuvor aber forderte er jeden Fachbereich seiner Behörde auf, ihm drei Vorschläge für gemeinsame Operationen mit den Amerikanern zu machen.

Daraus entwickelte sich tatsächlich wieder eine intensive Zusammenarbeit: Die Deutschen halfen dort aus, wo die NSA nicht oder nur eingeschränkt operieren konnte, etwa in Krisenregionen. In manchen Fällen kooperierten BND und NSA auch mit einem dritten Land, die Deutschen traten dann als Vermittler auf. "Wir sind immer dann ins Spiel gekommen, wenn die Amerikaner allein nicht weiterkamen", sagt ein Mitarbeiter eines deutschen Nachrichtendienstes.

Am 30. April 2013 schickte Schindler eine Delegation in die NSA-Zentrale in Fort Meade. Für die BND-Leute ging es darum, ihre laufenden Überwachungsprogramme in China, Iran, Pakistan, Syrien, im Jemen und in Nordkorea zu präsentieren. Aber auch die NSA hatte ein Anliegen. Die Deutschen sollten "neue Bereiche der Kooperation" vorschlagen, mit denen Lücken in der globalen Überwachung geschlossen werden sollten.

Mit ähnlichen Motiven hatte sich zuvor schon Großbritannien für eine enge Zusammenarbeit mit den Deutschen interessiert. Im Jahr 2012 unterbreitete der britische Nachrichtendienst GCHQ, der für technische Aufklärung zuständig ist, seinen deutschen Kollegen das Angebot, am Internetknotenpunkt der Telekom in Frankfurt am Main zusammenzuarbeiten.

Die Briten boten ein ausgefeiltes Erfassungs- und Verarbeitungssystem an, mit dem der BND endlich seine Kapazitätsprobleme in den Griff bekommen würde. Im Gegenzug verlangten sie die Übermittlung von Rohdaten aus deutschen Transitdaten-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

leitungen, die etwa aus Russland oder China stammten. Für den Fall eines Deals wollten die Briten auch Daten aus ihrer Auslandserfassung übermitteln, an die die Deutschen von Rechts wegen sonst nicht gelangen würden.

Ein lukrativer Ringtausch also sollte es werden, bei dem jede Seite ihren blinden Fleck verlieren würde. BND-Chef Gerhard Schindler zeigte sich hoch interessiert. Er ließ sogar ein technisches Aufrüstprojekt mit dem Codename "Packedis" stoppen, in der Hoffnung, mit der Hilfe der Briten werde der BND viel schneller an sein Ziel kommen. Stattdessen stand nun die gemeinsame Operation "Monkeyshoulder" auf der Agenda.

Innerhalb des Dienstes gab es zwar erhebliche Bedenken gegen diese Kooperation, sie waren rechtlicher Art, aber auch politischer. Sollte die Sache publik werden, drohe ein verheerendes Medienecho. Doch die Verantwortlichen im BND nahmen daraufhin nicht etwa Abstand von dem Projekt, sie trieben es sogar voran. Allerdings zunächst mit der Auflage, offiziell niemanden zu informieren: nicht das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und auch nicht das Kanzleramt, die politische Aufsicht. Der BND hatte den Reiz des autarken Lebens entdeckt, die absolute Geheimhaltung war sein Schutzschild.

Noch bevor die Operation richtig losgegangen war, gewann sie an Größe: Die Amerikaner hatten davon Wind bekommen und boten an mitzumachen. Der BND zeigte sich willig, den langjährigen Partner mit an Bord zu nehmen. So erklärt sich womöglich auch der Operationsname "Monkeyshoulder": Es handelt sich um einen Blend aus drei verschiedenen Malt-Whisky-Sorten.

In mehreren Workshops wurden BND-Mitarbeiter ab Mitte 2012 an der britischen Technik geschult. Die Deutschen fuhren dafür eigens nach Scarborough und Bude, wo das GCHQ den Dokumenten Edward Snowdens zufolge das Unterseekabel Tat-14 anzapft. Umgekehrt kamen die britischen Geheimdienstmitarbeiter nach Deutschland, um ihr Wissen mit den technisch unbedarfteren Partnern zu teilen.

Einer dieser Workshops fand im August 2013 statt, als alle Welt bereits zwei Monate lang die Enthüllungen Edward Snowdens diskutierte und die Bundesregierung behauptet hatte, sie wisse nichts von Spähprogrammen der Amerikaner wie "Prism" oder "Tempora", nichts von geheimen Projekten. Erst in jenem August stoppte BND-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Chef Schindler "Monkeyshoulder". Die Brisanz dieser Operation wurde ihm offenbar erst dann klar.

Keine Kontrollinstanz hat damals offenbar von dieser Operation erfahren. Dabei gelten die deutschen Geheimdienste als besonders gut überwacht, das zumindest behaupten die Chefs des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Militärischen Abschirmdienstes gern und oft.

Tatsächlich wachen gleich drei parlamentarische Gremien über die Tätigkeit der rund 10 500 Spione im Staatsdienst. Wie schwierig das ist, erleben die vier Mitglieder der sogenannten G-10-Kommission (siehe Grafik) einmal im Monat, wenn sie sich mit hochrangigen Geheimdienstlern in einem abhörsicheren Raum des Berliner Reichstags einschließen. Dort bekommen sie stapelweise Abhörträge vorgelegt, über die sie binnen Stunden in quasi richterlicher Sitzung entscheiden müssen. Mehr als ein Schnellgericht kann das nie sein.

Dazu kommt, dass insbesondere die Auslandsüberwachung des BND gesetzlich nicht geregelt ist. Was der BND traditionell so interpretiert, dass er jenseits deutscher Grenzen machen kann, was er will. Immerhin diesen Missstand hat die Bundesregierung erkannt - sie will vor der Sommerpause ein Gesetz vorlegen.

Im Parlamentarischen Kontrollgremium sitzen neun Bundestagsabgeordnete. Sie sind auf den guten Willen der Geheimdienste angewiesen: Diese müssen den Parlamentariern "besondere Vorkommnisse" melden. Was "besondere Vorkommnisse" sind, entscheiden sie selbst.

Immerhin eine eigene Abteilung kümmert sich im Kanzleramt um die Dienste; nach dem NSA-Skandal wurde sogar eigens ein Staatssekretär als Beauftragter für die drei großen Nachrichtendienste installiert. Als Klaus-Dieter Fritsche dieses Amt Anfang 2014 übernahm, unkten Beobachter, Kanzlerin Merkel wolle zwischen sich und den Geheimdiensten eine weitere Knautschzone haben. Jetzt ist der Unfall da.

Längst hat in der Hauptstadt das "blame game" begonnen, die Suche nach Verantwortlichen, nach Antworten auf die Frage, wer was wann wusste und wer wann welches Gremium täuschte. Thomas de Maizière, der Innenminister, hat sich in Widersprüche verstrickt. Kanzleramtschef Peter Altmaier und mehrere seiner Vorgänger stehen in der Kritik. Und dann ist da noch BND-Präsident Schindler. Seine Behörde

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

diente sich den Amerikanern an, oft mit, bisweilen auch ohne Billigung des Kanzleramts. Die Geschichte eines BND, der schalten und walten kann, wie und gegen wen er will, ist also auch eine Geschichte, die Angela Merkel, die Unangreifbare, plötzlich sehr angreifbar macht.

Die selbst gewählte Abhängigkeit von den USA rächt sich nun: Der BND steht als willfähriger Handlanger der Amerikaner da und Angela Merkel als ratlose Regentin, die nicht weiß, wie sie reagieren soll. Ist sie doch selbst gefangen, in ihrer großen Solidarität mit den USA.

"Staatsräson", mit diesem Begriff geht die Kanzlerin sehr sparsam um. Das Existenzrecht Israels zu schützen ist für sie Staatsräson, den Euroraum beisammenzuhalten auch. Und noch etwas nennt sie im kleinen Kreis ihre "Maxime": mithilfe der Amerikaner und ihrer Geheimdienste alles zu tun, um einen Terroranschlag auf deutschem Boden zu verhindern. So verstehe sie ihren Amtseid, hat Merkel einmal gesagt.

Aber der umfasst mehr, und das ist nun ihr Problem. Schaden vom deutschen Volk abzuwenden heißt nämlich auch, Spionage gegen deutsche Ziele zu unterbinden, ganz egal, wer spioniert. Wer einer fremden Macht den Zugriff auf deutsche Daten und Geheimnisse gestattet oder auch nur durch stille Demut erleichtert; und wer deutsche Firmen zur Verhandlungsmasse in einem nach eigener Ansicht größeren Spiel erklärt: Der verrät deutsche Interessen.

In dieser Hinsicht ist Merkels Lage jener des ihr unterstellten BND erstaunlich ähnlich. Sie hat sich in eine freiwillige Abhängigkeit zu den Amerikaner begeben, die ihren Handlungsspielraum nun radikal einschränkt. So ist die große Stille zu erklären, die seit vergangener Woche im politischen Berlin herrscht. Selten waren die Zuständigen im Kabinett so zugeknöpft.

Die Presseerklärung dagegen, mit der die Regierung auf den Vorwurf der vom BNDgeduldeten Wirtschaftsspionage reagierte, war von ungewohnt kalter Schärfe. Es war die Kanzlerin selbst, die jene Medieninformation gegenlas und guthieß, welche in der vorigen Woche die barsche Zurechtweisung des BND durch sein Aufsichtsorgan Kanzleramt publik machte.

Solange die Affäre eine Affäre bleibt, profitiert vor allem die SPD davon. In ungewohnter Härte hat sie auf die Neuigkeiten aus dem Auslandsgeheimdienst reagierte.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

"Das, was hier passiert ist, ist schon skandalös", polterte Parteichef Sigmar Gabriel am Sonntag. Die Kontrolle der Behörde habe versagt, ergänzte seine Generalsekretärin Yasmin Fahimi. Der Ärger der Genossen war sorgfältig orchestriert. In mehreren Telefonaten hatte sich die Parteiführung verständigt, dem Kanzleramt diesen Fall nicht durchgehen zu lassen. "Der hübsche Lack der Kanzlerin kann ruhig ein wenig rampoliert werden", heißt es aus der SPD-Führung.

Für Parteichef Gabriel ist es auch eine persönliche Chance. Er kann sich als Wirtschaftsminister vor die möglicherweise ausspionierten Unternehmen stellen, einerseits. Noch wichtiger ist für ihn aber der Nebeneffekt. Nach einem monatelangen Durchhänger kann er sich nun endlich als zupackender Parteichef beweisen, der auch gegen die Kanzlerin die Attacke nicht scheut.

Fast kommt bei der SPD wieder etwas auf, das man lange Zeit vermisst hat: das Gefühl, in einer Angelegenheit plötzlich Oberwasser zu haben gegenüber der Union. Gegenüber einer Kanzlerin, die bislang so unangreifbar schien.

Tatsächlich ist die Affäre die seit Langem größte Herausforderung des "Systems Merkel". Sie genießt ein so großes Vertrauen, weil viele Bürger Deutschlands Geschenke und seine Interessen bei ihr gut aufgehoben sehen. Der Skandal um BND, NSA-Spionage, Kontrollversagen und mögliche Lügen einzelner Kabinettsmitglieder könnte dieses Fundament ihrer Macht erstmals ernsthaft bröckeln lassen. Es wäre der Wendepunkt ihrer Kanzlerschaft.

Teil 3: In der Falle

Der Skandal um BND und NSA-Spionage unterspült die Machtbasis Angela Merkels: das große Vertrauen der Bürger in sie und die Loyalität ihres Juniorpartners Sigmar Gabriel. Die "Teflon-Kanzlerin" ist Geschichte - die Koalition auch?

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Von Maik Baumgärtner, Nikolaus Blome, Hubert Gude, Horand Knaup, Martin Knobbe, Veit Medick, Kristiana Ludwig, Peter Müller, Gordon Repinski, Marcel Rosenbach, Jörg Schindler, Gerald Traufetter, DER SPIEGEL, 09.05.2015

Applaus. Angela Merkel hält einen Moment lang am Rednerpult inne. Der beste Garant für "Frieden, Freiheit und Stabilität ist und bleibt die europäische Einigung", hat sie eben gesagt: "Daher brauchen wir Brückenbauer." Der Bund der Vertriebenen (BdV) gibt am Dienstagabend seinen Jahresempfang in Berlin. Links stehen und lächeln: Exbundespräsident Christian Wulff, Verkehrsminister Alexander Dobrindt und Abgeordnete aus der Union, der SPD und von den Grünen. Sie stehen im "VIP-Bereich", zusammengedrückt hinter einem Samtband, und dort soll auch Merkel jetzt hin. Doch sie blickt nach rechts. Frauen mit zerfurchten Gesichtern sitzen auf Stühlen und klatschen. Kurzerhand geht die Kanzlerin los, zügig an den Kameras vorbei, ihr Bodyguard muss lange Schritte machen. Merkel greift nach den Händen der Alten: "Schön, dass Sie heute hier sind", sagt sie. Dann schiebt sie sich in die Menge, an einen Stehtisch mit ockerfarbener Decke. "Ich bin 87 Jahre alt", erklärt ihr ein Mann. Merkel nimmt auch seine Hand und nickt. Für den Abschied vom BdV-Chef braucht Merkel dann nur eine Minute. Sie lässt die Politiker stehen, der Fahrer wartet.

Krise? Welche Krise? Man merkt der Kanzlerin öffentlich nichts an. Aber das heißt nicht viel bei Menschen, die vor aller Welt so stoisch ins Nichts blicken können, wie Angela Merkel es kann.

In Wahrheit bietet sich dieses Bild, brutal und einfach: Die Bundeskanzlerin steckt in der Falle. Sie hat sich verfangen in ihrer großen Loyalität zu den USA und zu ihren engsten Berliner Vertrauten, in den Beschränkungen beim öffentlichen Umgang mit Geheimdienstinformationen, im dubiosen Eigenleben des BND. Und ganz besonders in ihrem eigenen Versagen, nicht schon viel früher für Aufklärung gesorgt zu haben, wo es Verdacht und Hinweise genug gab.

Unter den Augen des Kanzleramts soll ein deutscher Geheimdienst jahrelang einem ausländischen dabei geholfen haben, gegen deutsche Interessen zu handeln. Merckels engste Vertraute, die Kanzleramtsminister Thomas de Maizière, Ronald Pofalla und Peter Altmaier, wussten seit 2008 davon oder hätten es wissen können. Aber bis

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

vor drei Wochen wurde behauptet, es gebe "keine Erkenntnisse". Laut BND-Chef Gerhard Schindler hat der US-Geheimdienst NSA dank der Deutschen mehr als eine Million verwertbare Überwachungsergebnisse seit 2008 erzielt. "Jetzt liegen die Fakten auf dem Tisch", sagt Whistleblower Edward Snowden dem SPIEGEL (Seite 22): "Die Massenüberwachung ist real, es wird Industriespionage betrieben, und die Nachrichtendienste arbeiten außerhalb der Wahrnehmung und der Kontrolle der gewählten Volksvertreter und der Justiz."

Welche Krise? Das ist die Krise.

Sigmar Gabriel, der Vizekanzler, war es, der die Falle für Angela Merkel am vergangenen Montag zuschnappen ließ. Er berichtete öffentlich aus zwei vertraulichen Gesprächen mit Merkel. Über den Fall EADS hinaus gebe es "keine Hinweise auf Wirtschaftsspionage", habe die Kanzlerin ihm versichert, und er habe keinen Grund zu bezweifeln, dass er "korrekt" informiert worden sei. Wenn also etwas anderes noch herauskommt, steht Merkel als Lügnerin da. Schon jetzt ist das Vertrauen in die Kanzlerin bei einem Drittel der Bürger gesunken, wie eine Umfrage für den SPIEGEL ergab.

Ihr Nimbus ist also bedroht, das ist die strategische Ebene. Die symbolische ist diese: Gabriel hat die schweigende Kanzlerin öffentlich sprechen lassen. Er hat Macht über sie ausgeübt, der 25-Prozent-Knappe über die 42-Prozent-Königin, deren langes Schweigen so oft schon ihre Macht war.

Ob mehr herauskommt, dürfte Sigmar Gabriel nicht sicher wissen, aber es ist wahrscheinlich. Das Kanzleramt hält die Liste der "Selektoren", der nachweislich benutzten NSA-Suchwörter, strikt unter Verschluss, sie ist das heißeste Stück Papier in der Hauptstadt. Sie allein kann die wahre Dimension des Skandals ausleuchten, womöglich weit über Wirtschaftsspionage der Amerikaner hinaus - und bis ins letzte Detail die Rolle von BND und Kanzleramt.

Die Liste ist politisch gefährlich für jeden, der sie kennt. Aber auch verlockend für alle, die Kapital aus der Krise der Kanzlerin schlagen wollen.

Spielt der SPD-Chef nur? Ist es für ihn der Moment, ganz anders begründeten Frust abzulassen, endlich einmal? Oder hat Sigmar Gabriel einen Plan, der bis zu Ende durchdacht ist - bis zum Bruch dieser Koalition? In jedem Fall bedeutet, was er begon-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

nen hat, eine beispiellose Herausforderung der Kanzlerin durch ihren Vizekanzler, den vermutlich unheilbaren inneren Bruch dieser Koalition. Das weiß der SPD-Chef, der also sein bis dato gutes Verhältnis zu Angela Merkel für weniger wichtig hält als den Preis, den er zum Greifen nahe sieht - Merkel in der Falle, Merkel am Wendepunkt ihrer Kanzlerschaft.

Am Dienstagabend holt Sigmar Gabriel noch einmal weit aus. Die SPD hat in den Räumen einer Softwarefirma zu einem Abend unter dem Motto "Digitales Leben" geladen. Kurz spricht Gabriel über die umstrittene Vorratsdatenspeicherung, lang über das Thema der Woche. Er schwankt zwischen Dramatisieren und Abwiegen. Er malt die Affäre in düsteren Farben aus: "Das zerstört das Vertrauen in den Rechtsstaat nachhaltiger, als wir alle glauben." Zugleich nennt er Medienberichte über eine Koalitionskrise "Kokolores". Auf den vermeintlichen "Kokolores" hatte sich Gabriel allerdings gut vorbereitet. In kleiner Runde hatte er am vergangenen Wochenende seinen Plan entwickelt, am Montag zog er ihn durch.

Im SPD-Präsidium berichtete er von seinen Fragen an die Kanzlerin und ihren Antworten. Gegen zwölf Uhr, die Sitzung war gerade beendet, schickte er der Kanzlerin eine SMS. Im zweiten Teil der Kurznachricht setzt er sie über seine BND-Äußerungen in Kenntnis und kündigt eine öffentliche Erklärung an. Eine Antwort Merkels blieb aus, sie bereitete sich am anderen Ende des Regierungsviertels auf ihr Treffen mit dem tschechischen Ministerpräsidenten vor.

In der Pressekonferenz im Willy-Brandt-Haus schnitt Gabriel wenige Minuten später seiner Sprecherin das Wort ab, als sie sich zuerst an die ebenfalls anwesende Integrationsstaatsministerin Aydan Özoguz wenden wollte. "Nein", raunte Gabriel, "wir fangen mit dem BND an." Mit seiner ersten offenen Attacke auf die Kanzlerin.

Was treibt ihn an? Zum einen sind es die besorgten Anrufe aus der Wirtschaft. Selbst der Chef des nachweislich direkt betroffenen Airbus-Konzerns, Tom Enders, erhielt bislang aus dem Kanzleramt keine weiteren Informationen und wandte sich verärgert an Gabriel. Ähnlich BDI-Präsident Ulrich Grillo, der in Gabriels Ministerium vorgestellt wurde.

Die deutschen Unternehmen stecken mitten im Umbruch zur sogenannten Industrie 4.0, der Öffnung aller Produktionsprozesse hin zum Internet und weltweitem Da-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

tenaustausch. Das macht sie besonders angreifbar, auch für Spähangriffe aus den USA. Laut einer Bitkom-Studie verursacht Wirtschaftsspionage einen Schaden von rund 51 Milliarden Euro pro Jahr.

Als Wirtschaftsminister war Gabriel also eine Antwort schuldig. Aber ausgerechnet eine, die die Kanzlerin politisch in Bedrängnis bringt? Um jeden Preis, so scheint es, wollte der SPD-Chef die Affäre von sich und seiner Partei fernhalten. Im zehnten Jahr wird das Kanzleramt von CDU-Politikern und Angela Merkel geführt, die sollen sich jetzt nicht wegducken können, Angriff also. Viele in der SPD hören es gern.

Bei ihnen, aber auch bei Gabriel selbst, bricht sich der Frust der letzten Monate nun Bahn. Man habe es satt, dass zum Beispiel bei der Energiewende alle Kritik auf den Wirtschaftsminister einprasselte - "aber nie bei der Frau, die den hastigen Atomausstieg beschlossen hat", sagt ein Präsidiumsmitglied. Merkel habe sich zudem auf die Klimaschutzziele Deutschlands festgelegt - "aber die Kohlekumpel protestieren gegen einen SPD-Minister". Jetzt werde man den Spieß umdrehen. Warnende Stimmen verhalten in dieser Euphorie. SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier war in Gabriels Plan nicht eingeweiht. Er scheint sich zu fragen, wohin die Attacke führen soll, gar bis zum Bruch der Koalition? Opposition und Regierung zugleich sein zu wollen ist einer Partei noch nie gut bekommen.

Egal. "Das ist ein strukturierter Angriff auf die Glaubwürdigkeit der Kanzlerin", hält ein SPD-Mann dagegen, eine Attacke auf das enorme Vertrauen, das Merkel bei den Bürgern genießt. Es sei der vielversprechende Versuch, die betonfesten Umfragergebnisse zum Tanzen zu bringen, die der SPD um die 25 Prozent, die der Union oberhalb von 40 Prozent.

Gabriel nimmt in Kauf, dass er das Vertrauensverhältnis zur Kanzlerin nachhaltig erschüttert. Auf wenig reagiert Angela Merkel derart allergisch wie auf das Plaudern aus internen Gesprächen. Vertraulichkeit und Verlässlichkeit an der Spitze einer Koalition, das ist für sie die eine Tugend, ohne die keine Regierung arbeiten kann.

Lange ist es gut gegangen zwischen den beiden, die bereits 2005 bis 2009 gemeinsam am Kabinetttisch gesessen haben, damals war Gabriel noch Umweltminister. Danach nannte er sich, halb im Ernst, halb im Scherz, den "Vorsitzenden des SPD-Fanklubs von Angela Merkel". Die Kanzlerin wiederum schätzt Gabriels Humor, sie

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

sieht seinen politischen Instinkt - und sie war gewarnt wegen seines urwüchsigen Wahlkampf Talents, das sie mehr fürchtet als das ihrer bisherigen SPD-Herausforderer.

In der zweiten Großen Koalition sahen sie sich wieder. Geschickt lotste Gabriel die SPD in das Bündnis, das Merkel dringender wollte als viele Sozialdemokraten. Und er zeigte sich als disziplinierter Vizekanzler, auch bei strittigen Themen wie der Maut mahnte er die eigene Partei zum Koalitionsfrieden.

Das alles setzt er nun aufs Spiel, und er hört nicht auf, den Einsatz zu erhöhen. Der Vizekanzler hat den Bundestag im Laufe der Woche mehrfach aufgefordert, die Herausgabe der brisanten Selektoren-Liste zu verlangen, sich die Blockade des Kanzleramts nicht bieten zu lassen. Es ist das erste Mal, dass er und Merkel grundsätzlich unterschiedlicher Meinung sind und ein politischer Kompromiss unmöglich scheint. Aber die Liste mit den 2000 Ausspähzielen könnte der "Game Changer" sein, wie es im Englischen heißen würde.

Bislang wissen wohl nur einige wenige Mitarbeiter des BND und des Kanzleramts, was genau draufsteht. Sie offenbart, wie viel der BND im Auftrag der NSA an Kommunikation abgefangen hat, obwohl er es wahrscheinlich nicht durfte. E-Mail-Adressen von Franzosen, Österreichern und anderen Europäern stehen auf dieser Liste. Wer oder was aber noch? Unternehmen seien darauf nicht zu finden, erklärte Kanzleramtschef Altmaier den Mitgliedern des Parlamentarischen Kontrollgremiums am Mittwoch. Der Verdacht großer Wirtschaftsspionage zum Schaden deutscher oder europäischer Unternehmen ist damit nicht ausgeräumt. SPD-Chef Gabriel drängte am Mittwoch Justizminister Heiko Maas, ein neues Gesetz zur Regelung der BND-Befugnisse anzugehen. "Mach dir Gedanken darüber", so Gabriel.

Die Zusammenarbeit der beiden Dienste in Deutschland ist derweil stark eingeschränkt worden. Die Bundesregierung hatte Anfang der Woche die NSA aufgefordert, ihre Suchbegriffe nach konkreten Aufklärungszielen zu sortieren. Die Amerikaner lehnten ab und verzichteten nun auf die Auswertung der umfangreichen Internetkommunikation. Lediglich Treffer aus der Telefonüberwachung werden an sie weitergeleitet. Ob die US-Seite in dieser Lage auf die Wünsche der Bundesregierung eingeht, die 2000er-Liste offenzulegen? Wohl kaum.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Der Blick auf die Liste allein reicht nicht aus, um die Dimension der Affäre zu erfassen. Es war nur der Eingebung eines BND-Mitarbeiters zu verdanken, dass sie überhaupt entstand. Er hatte im August 2013, kurz nach den ersten Enthüllungen des Whistleblowers Snowden, die Suchbegriffe der NSA überprüft und gab dazu Stichworte wie ".gov" oder "diplo" ein, was auf Diplomaten oder Regierungsstellen als Ausspähziele hindeuten würde. Prompt erzielte er damit 12 000 Treffer von einzelnen Suchabfragen, zusammengefasst ergaben sie 2000 aktive Ausspähziele der NSA, die nicht mit deutschen und europäischen Interessen vereinbar waren. Die Suchbegriffe nahm der BND angeblich sofort aus seinen Systemen. Bei weiteren Stichproben wurden nach SPIEGEL-Informationen noch einmal mehr als 13 000 verdächtige Selektoren gefunden.

Aber im Grunde waren es kleine Zufallstreffer in einem riesigen Datenmeer, das die NSA jeden Tag durchsiebt.

Die NSA geht dabei im Grunde vor wie ein Computernutzer, der googelt. Die sogenannten Selektoren können unterschiedlicher Natur sein: reine IP-Adressen, also die Nummern von Geräten, die mit dem Netz verbunden sind, Telefonnummern, E-Mail-Adressen oder Websites - sie zählen zu den sogenannten harten Selektoren.

Die NSA sucht aber auch nach vollen Namen oder Kürzeln von Institutionen oder Firmen, das sind "weiche Selektoren". Kann der Name eines Ausspähzieles unterschiedlich geschrieben werden, dann bildet jede Schreibweise einen eigenen Selektor. So kamen in den letzten Jahren Millionen Begriffe, Nummern, Adressen und Namen in unterschiedlichen Variationen zusammen, die der BND im Auftrag seiner großen Schwester NSA in seine Überwachungssysteme einspeiste.

In Bad Aibling, wo seit 2004 BND und NSA gemeinsam die Kommunikation in Krisengebieten wie Afghanistan, Pakistan oder Somalia überwachen, suchte die NSA zuletzt mit 4,6 Millionen dieser Selektoren. Wie ein BND-Mitarbeiter am Donnerstag im NSA-Untersuchungsausschuss aussagte, wurden sie auch bei anderen Operationen auf deutschem Boden eingesetzt. Bis zu viermal täglich speiste die NSA in einem vollautomatisierten Verfahren neue Begriffe ein.

Die Aufgabe des BND war es, diese Selektoren in seine Datenbanken zu übertragen, um die Suche zu aktivieren, um sie "scharf zu stellen", wie es im Jargon der Ge-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

heimdienstler heißt. Zuvor aber filterten BND-Mitarbeiter heraus, was den deutschen Datenschutzgesetzen oder dem G-10-Gesetz widerspricht, das die Befugnisse der deutschen Geheimdienste bei der Fernmeldeüberwachung regelt.

Schon der Kooperationsvertrag von BND und NSA, das sogenannte Memorandum of Agreement aus dem Jahr 2002, legte fest, welche Ziele nicht ausgespäht werden durften: die aller Deutschen und Amerikaner. Aber auch europäische Daten sollten tabu sein, außer, sie waren eindeutig mit Terrorismus, Proliferation oder Drogenhandel in Verbindung zu bringen. So wurden in einem automatischen Verfahren zum Beispiel alle E-Mail-Adressen und Websites mit der Endung ".de" aussortiert, auch alle Telefonnummern mit deutscher Vorwahl. Genehmigte Suchbegriffe erhielten den Zusatz "approved", abgelehnte hießen "protected".

Was der BND an bedenklich eingestuften Selektoren aussortierte, bevor sie scharf gestellt wurden, floss in eine sogenannte Ablehnungsdatei. Zuletzt befanden sich darin 38 897 Suchbegriffe, denen rund 7000 Telekommunikationsdaten zugrunde lagen, also Telefonnummern oder IP-Adressen. Darunter waren nach SPIEGEL-Informationen zum Beispiel auch Vertretungen deutscher Firmen im Ausland, etwa aus den Branchen Satellitentechnik, Schifffahrt oder Motorenbau. Mit der zusätzlichen Suchaktion des BND-Mitarbeiters im August 2013 war die Größe dieser Ablehnungsdatei auf einmal sprunghaft angestiegen.

Aber hatte der BND damit tatsächlich alle bedenklichen Ziele aus den Millionen Suchbegriffen herausgefiltert? Ist das technisch überhaupt möglich? Anfangs wurde nur von Hand sortiert. Im NSA-Untersuchungsausschuss beschrieben IT-Experten, dass dieses Vorgehen nicht einwandfrei funktioniert. Die Aufklärung über ausgespähte Ziele von NSA und BND wäre auch mit der Offenlegung der 2000er-Liste nicht zu Ende.

Bislang fällt der Kanzlerin und ihren Getreuen nicht viel anderes ein, als Ruhe zur Schau zu stellen. Kleinreden lässt sich der Skandal nicht, diesen Weg hat sich das Kanzleramt mit der überaus barschen Presseerklärung am Donnerstag der vorvergangenen Woche selbst verbaut. "Selten wurde der BND so in den Senkel gestellt", sagt einer, der über Jahre in der Chefetage des Geheimdienstes tätig war. Was die öffentliche Schuldzuweisung bei den Geheimdienstlern an Rachegefühlen auslöst, lässt sich

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

nur ahnen. Derzeit lässt das Bundeskanzleramt die Zusammenarbeit der Geheimdienste bis ins Detail untersuchen.

Kanzleramtschef Altmaier verhandelt derzeit mit dem Stabschef des Weißen Hauses, Denis McDonough, über eine Freigabe der Liste. Er habe wirklich "alles versucht", erklärte er am Mittwoch den Abgeordneten des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Selbst während einer Unterbrechung des geheim tagenden Gremiums im abhörsicheren Raum U1214 im Keller des Jakob-Kaiser-Hauses des Bundestags habe er noch einmal über die US-Botschaft anfragen lassen, ob es eine Zustimmung der USA gebe, berichtete Altmaier. Fehlanzeige.

Angela Merkel hat sich noch nicht eingeschaltet, etwa mit einem Anruf bei US-Präsident Barack Obama. In Berlin wird allseits für die nächsten zehn Tage ein freundliches "Nein" erwartet, die Amerikaner können sich dabei auf ein "Geheimhaltungsabkommen" von 1968 berufen, das die Offenlegung ohne ihr Placet untersagt.

Trotzdem gäbe es einen Weg, einen politischen. Wenn die Bundesregierung die Liste unter Verschluss hält, kann der zuständige Untersuchungsausschuss vors Verfassungsgericht ziehen. "Die Listen mit den Selektoren sind Teil der Beweisanträge im NSA-Untersuchungsausschuss. Wir erwarten, dass das Bundeskanzleramt dem Ausschuss diese Listen zur Verfügung stellt. Sonst bleibt nur der Gang nach Karlsruhe", sagt Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt.

Dann müssten die Karlsruher Richter klären, was schwerer wiegt: das Recht der Regierung auf Geheimhaltung bestimmter Bereiche ihres Tuns oder das Recht der Abgeordneten auf Transparenz und Kontrolle. Dem Kanzleramt wäre der Gang nach Karlsruhe durchaus recht, heißt es in Berlin. Angela Merkel könnte sich mit dem Urteil wappnen: entweder gegen die Empörung aus Washington oder gegen die aus dem deutschen Parlament. Je nach Ausgang.

Und auf noch einen Verbündeten zählt man, auf das Desinteresse der Bürger. Unionsfraktionschef Volker Kauder hat bereits bei seiner Lieblingsdemoskopin Renate Köcher nachgefragt. Die Meinungsforscherin vom Allensbach-Institut gab Entwarnung, vorerst jedenfalls: Bislange sei die Aufregung bei entsprechenden Testfragen gering. Eine Umfrage von TNS Forschung für den SPIEGEL zeigt dagegen, dass bei immerhin 33 Prozent der Befragten das Vertrauen in die Kanzlerin im Zuge der BND-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Affäre "gesunken" sei. Zugleich denken 69 Prozent der Befragten, dass die Kontrolle des Kanzleramts über den BND "unzureichend" sei. Und dem zentralen Argument der Kanzlerin, ohne eine enge Zusammenarbeit mit der NSA wachse die Gefahr eines Terroranschlags in Deutschland, schenkt nur eine knappe Mehrheit (55 Prozent) Glauben, 40 Prozent dagegen tun es nicht.

CSU-Chef Horst Seehofer gibt sich gelassen, er hat die Krise mit Merkel ausführlich besprochen, die Kanzlerin war am Sonntag in Bayern. "Die SPD verspekuliert sich, wenn sie meint, die Kanzlerin damit treffen zu können", sagte Seehofer im kleinen Kreis. Für die Unionsspitze steht Gabriel "unter verschärfter Beobachtung", heißt es in Berlin. Was der SPD-Chef sich geleistet habe, "war eine Zäsur, ein schwerer Unfall. Noch bleibt es beim Blechschaden. Aber der ist beachtlich".

Das passiert auch nicht alle Tage: Die Union räumt ein, dass ein Schlag der Konkurrenz gesessen hat. Bislang verließ man sich darauf, dass nichts dem Vertrauensimbus der Kanzlerin etwas anhaben könne. Und es war ja auch so.

Diverse Ministerrücktritte ließen sie in bald zehn Jahren ebenso unbehelligt wie die Kette von Niederlagen und Machtverlusten der CDU bei Landtagswahlen, das unwürdige Geholze in der schwarz-gelben Koalition, die hastige Volte beim Atomausstieg oder die Enthüllungen Edward Snowdens. "Sie ist wie mit Teflon beschichtet", sagt ein SPD-Präsidiumsmitglied. Die Kanzlerin lebt gut mit ihrem Ruf als nüchterne Krisenmanagerin, in der scharfen Rezession nach der Finanzkrise 2009, über die Eurokrise bis zum Krieg in der Ostukraine. Sie tut politisch meist jene kleinen Schritte, mit denen auch viele Deutsche durch ihr eigenes Leben gehen.

Dieses Vertrauen in ihre Glaubwürdigkeit ist ein Schatz, und Angela Merkel hütet es wie einen. Dazu gehört, oft und langanhaltend öffentlich zu schweigen, denn es gilt der Satz: Politiker stürzen oft nicht über ihre Taten, sondern über ihre Worte, dann nämlich, wenn sie sich hinterher als unwahr herausstellen. Dieses Schweigen der Kanzlerin hat Sigmar Gabriel nun aufgebrochen.

Sie wird es ihm vielleicht verzeihen, damit die Koalition nicht vor der Zeit zerbricht, vergessen wird sie es ihm nicht. Gut möglich, dass der SPD-Chef deshalb den Weg des Philipp Rösler gehen wird. Auch er verlor als Vizekanzler das Vertrauen der Chefin, und als er im Wahlkampf 2013 in Not geriet, überließ sie ihn seinem Schick-

sal. Aber in jedem Fall, und wären seine Motive noch so eigensüchtig, hat Sigmar Gabriel der Republik einen Dienst erwiesen. Denn mit seinem Zug hat die Affäre endgültig jenen Ort gefunden, an den sie gehört. Ins Kanzleramt, ganz nahe bei Angela Merkel selbst.

Teil 4: „Alles ungefiltert“

Die USA wollten sich schon 2007 einen nahezu uneingeschränkten Zugang zu Daten aus dem deutschen Netz sichern - zum Entsetzen des BND.

Von Maik Baumgärtner, Jörg Schindler, DER SPIEGEL, 16.05.2015

Es war ein Schreckensszenario, das Mike McConnell Anfang Dezember 2007 in Berlin präsentierte. Die Vernetzung der Welt berge unkalkulierbare Gefahren, erklärte Amerikas damaliger oberster Geheimdienstkoordinator seinen Gesprächspartnern; der Westen müsse sich geschlossen dagegen wappnen. Die Lage sei wie im Kalten Krieg, als die USA "den Weltraum für sich eroberten und von dort aus in den Sowjetblock ‚hineinsehen‘ und ‚hineinhören‘ konnten".

"In der heutigen Welt", protokollierten deutsche Beamte seinen Vortrag, "sei der zu erobernde ‚Raum‘ das Internet". Die Hilfe der Deutschen sei für diesen Kampf unverzichtbar.

Mit seinen Thesen absolvierte McConnell in zwei Tagen ein straffes Programm. Am 4. und 5. Dezember sprach er mit dem deutschen Innenminister, dem Kanzleramtschef, dem Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), mit fast allen, die in Sachen Geheimdienste etwas zu sagen hatten.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Sein Vorstoß galt einem Netzknotenpunkt in Frankfurt am Main, dem größten Datendrehkreuz der Welt. Die US-Seite bestehe darauf, heißt es in einem Gesprächsprotokoll, "alle (ungefilterten) Informationen" der deutschen Dienste zu erhalten.

Alle Informationen? Ungefiltert? Das wäre eine anlasslose Massensammlung von Daten, die auch aus Deutschland und von deutschen Staatsbürgern stammten. Sie ist hierzulande verboten. Die Amerikaner legten ein vergiftetes Angebot vor; es anzunehmen hätte einen gravierenden Tabu- und Rechtsbruch in der langjährigen Zusammenarbeit zwischen deutschen und amerikanischen Diensten bedeutet.

Wie in der damaligen Bundesregierung damit umgegangen wurde, wie die Deutschen mit sich selbst rangen, das kann der SPIEGEL nun anhand vertraulicher Regierungsdokumente nachzeichnen. Es ist die Geschichte eines Konflikts, in dem überraschenderweise der BND als Bremser und das Kanzleramt unter seinem damaligen Chef Thomas de Maizière (CDU) zunächst als Antreiber auftraten.

Seit Wochen versichern die Kanzlerin und ihr heutiger Innenminister de Maizière in der jüngsten Geheimdienstaffäre, von den Absichten und Spionagezielen der Amerikaner in Deutschland kaum etwas zu wissen. Die geheimen Protokolle zeigen nun, dass die Bundesregierung schon vor mehr als sieben Jahren über die unredlichen Pläne der Amerikaner im Bilde war. Sie legen offen, dass das Kanzleramt vom BND deutlich vor Wirtschaftsspionage durch US-Dienste gewarnt wurde; mögliche Konflikte mit europäischen Partnern waren ebenfalls bereits ein Thema.

Die Visite aus Übersee kam zu einem heiklen Zeitpunkt. Ende 2007 knirschte es in der engen Zusammenarbeit des BND mit dem US-Geheimdienst NSA. In der Satellitenabhörstation Bad Aibling war den Deutschen mehrfach aufgefallen, dass die Amerikaner sie zur Wirtschaftsspionage gegen heimische Unternehmen missbrauchen wollten (SPIEGEL 18/2015).

Und in Frankfurt am Main, Deutschlands Datenzentrum, sah es nicht besser aus. Am Auslandsknotenpunkt der Deutschen Telekom arbeiteten BND und NSA zu diesem Zeitpunkt schon mehr als drei Jahre zusammen. Im Rahmen der Geheimoperation "Eikonal" leiteten die Deutschen, wie während der NSA-Affäre 2013 bekannt wurde,

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Daten weiter. Sie mühten sich, Daten, die eindeutig auf deutsche Urheber schließen ließen, auszufiltern; andere lieferten sie an die NSA.

Der Filter jedoch funktionierte von Anfang an nicht zuverlässig, immer wieder flossen auch Daten mit Bezug zu Deutschland an die Amerikaner. Im Juli 2007 kündigte der BND daher in Washington an, den Datenzugang für die NSA zu stoppen. Die NSA reagierte verärgert. Wenig später buchte Geheimdienstkoordinator McConnell sein Ticket nach Berlin.

Um seine deutschen Gesprächspartner zu einer vertieften Kooperation zu drängen, malte er die Zukunft in düstersten Farben: Ein Laptop genüge, um etwa einen Stromgenerator zu zerstören; ein paar Klicks - und schon sei eine Großbank lahmgelegt. Das habe man auch dem anfangs skeptischen US-Präsidenten George W. Bush und dessen Heimatschutzminister eindrucksvoll demonstriert. Seine Zuhörer im Bundesinnenministerium hielten als sein Fazit fest: "Die Verwundbarkeit der USA bzw. der westlichen Welt liege bei ‚Geld‘ und ‚Stromverteilung‘."

Im Kanzleramt wurde McConnell am 4. Dezember 2007 konkreter. Den US-Diensten gehe es darum, das Netz ausbeuten ("exploit"), angreifen ("attack") und verteidigen ("defend") zu können. Eine Kooperation mit den Deutschen müsse "alle drei Stufen einschließen". Auch beim Bundesamt für Verfassungsschutz trug McConnell seine Thesen vor. Vom deutschen Inlandsgeheimdienst wünschte er sich ebenfalls grenzenloses Entgegenkommen - konkret die "Übermittlung aller Aufklärungsergebnisse". Und beim BND wies er darauf hin, dass die Internetkabel in Deutschland "voll von Informationen aus Nahost" seien.

Der BND jedoch reagierte erstaunlich taub auf die Lockrufe aus Washington. Offenbar hatten die Trickereien der NSA den Dienst unter seinem damaligen Präsidenten Ernst Uhrlau vorsichtig werden lassen. Am 16. Januar 2008 jedenfalls verfasste der Chef des BND-Leitungsstabs eine Stellungnahme ans Bundeskanzleramt, die einer transatlantischen Ohrfeige gleichkam. McConnells digitale Drohkulisse "wird hier als deutlich überzeichnet, teilweise unzutreffend angesehen", heißt es in dem Schreiben. Man empfehle "Zurückhaltung" bezüglich einer vertieften Kooperation mit den Amerikanern.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Ausdrücklich warnte der deutsche Geheimdienst vor "Wirtschaftsspionage gegen europäische Netzbetreiber und damit einhergehende mögliche Schäden für die europäische Wirtschaft". Der Hinweis war nicht nur hypothetisch, tatsächlich hatte der BND zu diesem Zeitpunkt schon etliche Belege für die überbordende Neugier der NSA gesammelt. Das Fazit aus dem BND: "Eine umfassende Kooperation mit den USA auf europäischem Boden birgt damit das Risiko innereuropäischer politischer Verwerfungen."

Im Kanzleramt jedoch kam die Mahnung nicht so an wie gewünscht. Man nehme die "betont skeptische Bewertung" des BND zur Kenntnis, schrieb ein Mitarbeiter kühl an seinen Vorgesetzten, den damaligen Kanzleramtsminister de Maizière. Vom deutschen Geheimdienst werde seitens der Amerikaner "eine ‚hidden agenda‘ für möglich bis wahrscheinlich gehalten" - darunter auch, so der Vermerk, "industriepolitische Interessen".

Er gehe jedoch davon aus, "dass andere deutsche Sicherheitsbehörden dies anders bewerten". Offenbar hoffte man im Kanzleramt, den BND umstimmen zu können: Sollte dieser bei seiner Haltung bleiben, werde er sich "argumentativ wappnen müssen", heißt es in dem Schreiben.

Die Gelegenheit dazu ergab sich bereits kurz darauf. Am 22. Januar 2008 begab sich eine hochrangige BND-Delegation ins Kanzleramt, um mit de Maizière und dem für die Geheimdienste zuständigen Abteilungsleiter Klaus-Dieter Fritsche die künftige Linie abzustimmen. Die Zeit drängte, im Februar sollte de Maizière nach Washington fliegen. Er wusste, dass man dort nach Antworten gierte.

In dem Gespräch wollte der Minister wissen, ob man den Amerikanern notfalls eine andere "Zusammenarbeit hinsichtlich Informationsgewinnung" anbieten könne. Der BND winkte ab.

So endete die Hängepartie, wie es scheint, eindeutig: Die Deutschen wollten den drängelnden Amerikanern nicht den Totalzugriff auf den Datenverkehr in Deutschland gestatten. Auch das Projekt "Eikonol" wurde 2008 beendet - offiziell, weil zu wenig verwertbare Informationen dabei herausgekommen seien.

Zum Bruch kam es damals dennoch nicht. Zwar fuhren die Deutschen die Zusammenarbeit in Deutschland zurück; dafür entschieden sie sich, künftig verstärkt mit

der NSA im Ausland zu kooperieren. Ein Glücksfall bewahrte den BND vor einer nachhaltigen Verstimmung der NSA: Den deutschen Agenten gelang es, auf dem Boden eines ausländischen Staates den Zugriff auf ein anderes, weltumspannendes Datenkabel zu sichern. Es war der Beginn einer heiklen Operation, die bis heute höchster Geheimhaltung unterliegt - diskret holten sich die Deutschen dafür ihren erfahrenen Partner NSA an Bord. Man schöpfte nun doch wieder gemeinsam Daten ab, aber eben nicht mehr auf deutschem Boden.

Doch auch das Datendrehkreuz Frankfurt blieb weiterhin begehrt. 2012 bat der britische Nachrichtendienst GCHQ um Übermittlung von Rohdaten aus dem deutschen Netz. Diesmal gab es beim BND kaum noch Bedenken. Der neue Präsident Gerhard Schindler hatte seine Leute angewiesen, bei der Kooperation mit ausländischen Geheimdiensten ins Risiko zu gehen. Mit den Briten wurde die Operation "Monkeyshoulder" vereinbart (SPIEGEL 19/2015); der BND wollte die NSA als stillen Partner hinzuholen. Ein hochproblematischer Deal, der alle Gefahren barg, die der deutsche Geheimdienst 2007 so eindringlich beschrieben hatte.

Gut fünf Jahre nach McConnells Visite hätten die Amerikaner ihr Ziel fast erreicht - den Zugang zum Frankfurter Internetknoten der Telekom. Dass "Monkeyshoulder" im August 2013 gerade noch rechtzeitig gestoppt wurde, lag an einem anderen ehemaligen US-Geheimdienstler.

Teil 5: Der BND und die Brandstifter

Einen lang gehegten Verdacht hat der NSA-Untersuchungsausschuss nun erhärtet: Unter den Spähzielen der Amerikaner waren auch deutsche Firmen und Personen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Von Maik Baumgärtner, Hubert Gude, Martin Knobbe, Marcel Rosenbach, Jörg Schindler, DER SPIEGEL, 06.06.2015

Die Freiwillige Feuerwehr Ingolstadt ist ein traditionsbewusster Verein. Ihre Website schmückt ein Bild aus der Weimarer Republik, auf dem die Feuerwehrleute Pickelhaube tragen.

Wer Feuerwehrchef Peter Springl sprechen möchte, hört am Telefon zunächst ein paar Takte des Bayerischen Defiliermarsches und lernt dann vom Kommandanten, dass der Marsch einst in Ingolstadt komponiert wurde. Was aber macht die Feuerwehr so interessant, dass sie in streng geheimen Dokumenten internationaler Geheimdienste auftaucht?

Die Freiwilligen aus Ingolstadt stehen auf einer Liste aus dem Jahr 2009, die sich in den Unterlagen des Whistleblowers Edward Snowden befindet – neben 30 weiteren deutschen Einträgen, darunter Mercedes, die Deutsche Bank, der Wertpapierdienstleister Clearstream und die Telekommunikationsfirma Debitel. Die Liste beschreibt "Einschränkungen" für die Überwachungseinheit Joint Sigint Activity, die Amerikaner und Deutsche bis zum Jahr 2012 gemeinsam betrieben haben. Die 31 Namen sollten demnach "nicht überwacht" werden, "weil es sich um deutsche Firmen oder Einrichtungen handelt".

Wie kam diese kuriose No-Spy-Liste zustande? Handelt es sich bei den 31 Begriffen etwa um einen Teil jener inzwischen berüchtigten Selektoren, die der US-Geheimdienst National Security Agency (NSA) seit mehr als zehn Jahren an den Bundesnachrichtendienst (BND) liefert, – damit dieser mit ihnen seine Überwachungssysteme füttert?

Das wäre der Nachweis, dass der US-Dienst die deutschen Partner benutzen wollte, um deutsche Firmen und Verbände auszuspionieren – und eine mögliche Erklärung dafür, dass sich die Bundesregierung auch nach sechs Wochen weigert, dem zuständigen Untersuchungsausschuss Einblick in die ihr bekannten Selektoren zu gewähren. Die BND-Affäre hätte einen neuen Tiefpunkt erreicht. Ausgerechnet ein Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes hat diesen naheliegenden Verdacht (SPIEGEL 19/2015) nun erhärtet.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Der Mann, der beim BND für die Löschung verdächtiger Selektoren zuständig war, trat vor Kurzem in geheimer Sitzung vor dem NSA-Untersuchungsausschuss auf. Nach einzelnen Posten der 31er-Liste gefragt, sagte er: "Wir haben das mal gefunden"; die Einträge seien "mal aufgetaucht". Ob und wie lange sie vor der Löschung aktiv waren, ob und wie lange also die NSA mithilfe des BND deutsche Ziele ausgespäht hat, darüber gab der Mitarbeiter keine Auskunft.

Immer drängender stellt sich damit die Kernfrage der Affäre: Hat der BND, bewusst oder unwissentlich, zugelassen, dass die Amerikaner über dessen Systeme auch deutsche Ziele ausspionieren können? Das wäre nicht nur ein politischer Skandal, es wäre auch ein Gesetzesverstoß. Der BND wollte sich auf Anfrage nicht dazu äußern.

Die Liste mit den 31 Einträgen wirkt willkürlich. So finden sich darauf die Unternehmen EADS und Eurocopter, die bereits in anderen Unterlagen als aktive Spähziele der NSA genannt wurden. Der BND-Ausrüster Rohde & Schwarz taucht in dem Datenbankauszug auf, der Technologiekonzern Siemens oder das Unternehmen ND SatCom, das satellitengestützte Kommunikationslösungen anbietet, auch für das Militär.

Von Bad Aibling aus, wo die gemeinsame Überwachungseinheit von Deutschen und Amerikanern beheimatet war, wurde die Telekommunikation aus Krisengebieten wie Afghanistan oder Mali überwacht. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass unter den Spähzielen auch die Adresse siemens-afghanistan.com zu finden ist.

Die NSA nimmt für sich in Anspruch, für die Bekämpfung des Terrorismus, des weltweiten Drogen- und Menschenhandels zu spionieren, außerdem will sie dabei helfen, illegale Waffengeschäfte und Korruption einzudämmen. Mit diesem Aufklärungsinteresse lassen sich aber längst nicht alle Ziele auf der Liste vereinbaren: Was hat eine Feuerwehr aus Ingolstadt mit den Bösen dieser Welt zu tun, was eine Seite namens orgelbau.com oder eine Berliner Agentur, die sich Brandstifter nennt? Der freie Regisseur Sven Barth knüpft von seinem Berliner Büro aus ein Netzwerk zu Cuttern, Kameraleuten und anderen Kreativen; es gibt noch eine Vertretung in Luxemburg, für die Laurent Hengesch zuständig ist.

Man habe in dem fraglichen Zeitraum vor gut zehn Jahren noch vor allem Trailer für die Musiksender MTV und Viva produziert, sagt Hengesch, sowie Werbespots für

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

die Spielkonsole Playstation. "Alles komplett harmlose, für Behörden total irrelevante Lifestylegeschichten. Wenn wir wirklich überwacht wurden, muss ein komplett wahlloser und völlig bescheuerter Algorithmus dahinterstecken." War es womöglich der Firmenname "Brandstifter"?

Der Gründer Sven Barth sagt, er habe den Namen bewusst gewählt, auch um "ein bisschen zu provozieren". Er habe deshalb durchaus damit gerechnet, dass die Polizei sich die Website einmal anschaut. Eine Information darüber, dass er als deutscher Staatsbürger ins Raster geraten sei, habe er jedoch von keiner Behörde erhalten.

Auch ein Kaufmann für Import und Export, dessen persönliche E-Mail-Adresse auf der Liste stand, reagierte überrascht. "Überwacht? Ich? Warum das denn?", fragt der Mann, der in Kasachstan geboren wurde, deutscher Staatsbürger ist und seit 1990 in Nordrhein-Westfalen lebt. Er exportiere seit 17 Jahren Metallbearbeitungsmaschinen, vorwiegend nach Russland.

Er habe nie Probleme mit deutschen oder anderen Behörden gehabt, sagt der Händler. Bislang habe ihn auch niemand darüber informiert, dass seine Mail-Adresse auf Geheimdienstunterlagen aufgetaucht sei. "Ich kann mir das nicht erklären." Dann aber erinnert er sich an einen Vorfall, der schon mehrere Jahre zurückliegt.

Über Nacht war damals sein komplettes E-Mail-Postfach verschwunden, Geschäftskorrespondenz aus 15 Jahren – Aufträge, Kontakte, alles weg. Auch eine externe Datenrettungsfirma, die er eigens beauftragte, konnte ihm nicht helfen. "Vielleicht ist das die Erklärung", sagt er.

Auch ein IT-Berater aus Nordrhein-Westfalen zeigte sich "entsetzt" darüber, dass seine private Website in Geheimdienstunterlagen auftaucht. Das könne höchstens, so der Berater, mit seiner früheren Tätigkeit beim Mobilfunkanbieter Mannesmann zusammenhängen.

Dort sei er für die IT-Sicherheit zuständig gewesen, in E-Mails mit Geschäftspartnern in den USA sei auch mal das Wort "Verschlüsselung" gefallen. "Vielleicht war das der Grund, warum ich ins Visier geriet", sagt der IT-Experte, der heute Banken berät. Bei den feindlichen Übernahmeversuchen von Mannesmann durch den britischen Telekommunikationsriesen Vodafone um die Jahrtausendwende habe man im Unternehmen gemunkelt, dass der eigene Vorstand wohl abgehört werde.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Der Mann aus Nordrhein-Westfalen fordert nun von den deutschen Behörden Aufklärung, "damit ich diesen Sachverhalt voll und ganz verstehen kann". Er zeigt sich genauso verblüfft und verunsichert wie all die anderen Firmen von der 31er-Liste, die der SPIEGEL mit seinen Recherchen konfrontierte.

Dazu zählt auch die Sacher & Co. GmbH aus dem beschaulichen Annaberg-Buchholz, deren Chef Ulf Sacher ratlos erklärt: "Wir sind ein deutsches Unternehmen und haben mit sensiblen Bereichen wie Rüstungsexporten oder Ähnlichem rein gar nichts zu tun." In der Tat fällt es schwer, Schmuckkoffer und Etais aus Leder und Karton in Zusammenhang mit Terrorismus oder Waffenhandel zu bringen.

Die seit sechs Wochen tobende Affäre um die NSA-Selektoren ist somit um ein rätselhaftes Kapitel reicher. Was auch damit zusammenhängt, dass diejenigen, die Licht ins Dunkel bringen könnten, weiter mauern. Die Bundesregierung konnte sich bislang nicht dazu durchringen, dem Bundestag, dessen Gremien die Geheimdienste kontrollieren sollen, wenigstens jene Zigtausend NSA-Selektoren vorzulegen, die der BND seit 2005 als vertrags- und rechtswidrig ausgesiebt hat. Der Zorn der Parlamentarier wächst täglich. Inzwischen rebellieren sogar Aufsichtsgremien, die bislang eher stillschweigend die Arbeit des BND begleiteten.

Am vergangenen Mittwoch kam es in der G-10-Kommission des Bundestags, die quasirichterlich Abhörmaßnahmen von BND und Verfassungsschutz genehmigen muss, zu einem Eklat. Die vier Mitglieder, wegen wiederholter Täuschungsmanöver des BND ohnehin bis aufs Äußerste gereizt, hatten der Regierung zuvor ein Ultimatum gestellt. Entweder bekomme die Kommission die Ablehnungsliste zu Gesicht – oder man werde die Zustimmung zu geplanten Ausspähaktionen verweigern.

Weil die Regierung sich hartleibig zeigte, zogen die Kommissionsmitglieder Konsequenzen. In je einem Verdachtsfall von Terrorismus und Waffenschmuggel versagten sie dem BND die beantragte Ausweitung der Überwachung. Und noch mehr als das: Die G-10-Kommission drohte der Regierung mit einer Klage in Karlsruhe, sollte die Selektorenliste weiter unter Verschluss bleiben. Ein einmaliger Vorgang.

So wird wohl auch die Freiwillige Feuerwehr Ingolstadt noch länger im Unklaren darüber bleiben, warum sie ins Visier der NSA geriet. Sie hätten lange überlegt, sagt Feuerwehrchef Springl, und nun sogar einen Verdacht: Im September 2001 habe

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

seine Feuerwehr an der "Steubenparade" in New York teilnehmen wollen. Zu der folkloristischen Veranstaltung deutschstämmiger Amerikaner reisen in der Regel auch Vereine aus Deutschland an.

Nach den Anschlägen von 9/11 war die Parade aber abgesagt worden, Springl und seine Kollegen mussten ihre Flüge stornieren. Ein paar Wochen später reiste der Feuerwehrchef allerdings zusammen mit einer kleinen Delegation in die USA und überreichte eine Spende in Höhe von 10 000 Euro an die Hinterbliebenen der New Yorker Feuerwehrleute, die bei den Anschlägen getötet worden waren. Vielleicht war das der Grund, warum er den amerikanischen Diensten auffiel.

"Das gibt zwar alles keinen Sinn", sagt Springl, "aber eine andere Erklärung ist uns beim besten Willen nicht eingefallen."

Teil 6: Die Legende von Hilden

Der BND war nicht nur der NSA ein willfähriger Partner, sondern auch der CIA. In einer Geheimoperation machten sich deutsche Beamte möglicherweise strafbar.

Von Maik Baumgärtner, Martin Knobbe, Jörg Schindler, DER SPIEGEL,
05.09.2015

Die wöchentliche Reinigung im "Büro für EDV Datenkommunikationssysteme" war bis ins Detail geregelt. Alle Böden wurden gesaugt, die Fliesen abgeledert, der Abfall entsorgt und Schreibtische wie Monitore abgewischt, für 143,20 Euro im Monat plus Mehrwertsteuer. Außerdem, so stand es in der Vereinbarung mit der Reinigungsfirma, sollten auch die "Fingerabdrücke an Türen und Schränken" entfernt werden. Alle Spuren zu beseitigen, dafür war bestens gesorgt.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Das Büro auf 110 Quadratmetern, in das der neue Mieter 2004 einzog, lag an einer "sehr stark befahrenen Straße" irgendwo in Bayern, die Kautions betrug 12 528 Euro. Zwei Tiefgaragenplätze wurden gemietet, für 80 Euro im Monat, dann konnte die Arbeit beginnen: Es war eine streng geheime Operation namens "Glotaic". Hinter dem harmlos wirkenden EDV-Büro steckte der Bundesnachrichtendienst (BND).

Nun, elf Jahre später, beschäftigen die Anmietung der Tarnimmobilie und die damit verbundene Geheimaktion den NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages. In der kommenden Woche sind Zeugen geladen, die helfen sollen, die Hintergründe von Glotaic aufzuhellen, jener Operation, die so geheim war, dass selbst ihr Name in Unterlagen und Vernehmungen lange nicht genannt wurde. Von "Glo" war nur die Rede, denn im zweiten Teil hätte man, rückwärts gelesen, den Kooperationspartner des BND entdecken können: die CIA, den Auslandsgeheimdienst der USA.

Die zweifelhafte Zusammenarbeit von deutschen mit amerikanischen Diensten hat schon für reichlich politische Empörung gesorgt, ein Untersuchungsausschuss des Bundestages versucht seit März 2014, die Ausspähungen durch ausländische Nachrichtendienste in Deutschland aufzuklären. Bislang stand dabei die Kooperation der NSA, des technischen Auslandsgeheimdienstes der USA, mit dem BND im Mittelpunkt. Die Operation Glotaic offenbart nun, dass auch die CIA, eher zuständig für die Beschaffung von Informationen durch Agenten und Informanten, den BND dazu benutzte, an Daten aus deutschen Telekommunikationsnetzen zu gelangen.

Die Deutschen halfen dabei so eifrig mit, dass sie den Amerikanern direkten Zugriff auf die Daten ermöglichten. Nach Einschätzung von Rechtsexperten könnten sie sich zudem strafbar gemacht haben.

Als Innenminister Thomas de Maizière (CDU) von Abgeordneten in einer nicht öffentlichen Sitzung des NSA-Untersuchungsausschusses die Datenabschöpfung beschrieben wurde, räumte er denn auch ein: "Was Sie da schildern, geht natürlich so gar nicht." Im BND selbst war man sich der möglichen Folgen der heiklen Operation durchaus bewusst. In einem internen Papier von 2008 warnten die Verfasser vor einem "politischen Skandal", sollte die Operation auffliegen. Glotaic, das wird allmählich deutlich, öffnet in der Affäre um den BND eine neue Dimension.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die Geschichte der höchst fragwürdigen Kooperation begann im Juli 2002, ein knappes Jahr nach den Anschlägen von 9/11. Die amerikanischen Geheimdienste suchten fieberhaft nach Ansätzen, um dem Terrornetzwerk al-Qaida beizukommen. Die deutschen Dienste sahen sich vor der Aufgabe, in der Terrorismusabwehr "mehr Ergebnisse zu liefern", wie es ein BND-Mitarbeiter im Untersuchungsausschuss formulierte. Um über mögliche gemeinsame Operationen zu beraten, trafen sich die Spitzen der Geheimdienste mal in Langley, dem Hauptquartier der CIA bei Washington, mal im Saal "Alter Fritz" in der Präsidentenvilla auf dem Gelände des BND in Pullach bei München.

Glotaic, so war schließlich der Plan, sollte in Hilden bei Düsseldorf den Telekommunikationsverkehr des Anbieters MCI überwachen. Die deutsche Tochter des US-Unternehmens bot günstige Tarife für Telefonate in den Nahen Osten an und hatte viele Kunden. Hilden war neben London der wichtigste Knotenpunkt für den internationalen Telefonverkehr des US-Riesen, der heute zum Verizon-Konzern gehört.

Ziel sei es, so steht es in einer Vorlage für den damaligen BND-Präsidenten August Hanning, die Transitverkehre in Deutschland aufzuklären, vor allem bei Terrorfinanzierung und Geldwäsche. Allerdings sollten nur Inhaltsdaten von Telefonaten und Telefaxen zwischen ausländischen Anschlüssen herausgefiltert werden. Deutsche Kunden sollten nicht belauscht werden.

Im Mai 2004 betraten mehrere BND-Leute die MCI-Büros in Hilden. Sie gaben sich als Techniker des US-Mutterkonzerns aus. In den Räumen, in denen die rund 200 Server standen, schlossen sie an die Glasfaserkabel ein Überwachungsgerät an, womit Gespräche und Faxe unbemerkt an den BND und die CIA weitergeleitet werden konnten. Den deutschen Geschäftsführern erzählten sie angeblich, es handle sich um ein Warngerät gegen Internetkriminelle. "Wir haben den Baum im Wald versteckt", sagte der verantwortliche BND-Beamte im NSA-Untersuchungsausschuss.

Vorausgegangen waren lange Verhandlungen zwischen CIA, NSA und BND sowie MCI, dessen amerikanische Geschäftsführung in die Operation eingeweiht war. Es gab wohl Streit zwischen CIA und NSA, wer für die Operation verantwortlich sein sollte. Die NSA war eigentlich zuständig für technische Aufklärung, doch die CIA behielt bei Glotaic die Regie. Sie führte damals den Krieg gegen den Terror, sie entführte

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Terrorverdächtige und ließ sie in Geheimgefängnissen foltern. Sollte auch Glotaic dafür Informationen liefern? Halfen die Deutschen also mit in diesem schmutzigen Krieg?

Zunächst galt es, die Frage zu klären: Wie konnte man unauffällig Zugang zu den Kabeln in Deutschland bekommen? Dazu machten die deutschen Beamten bei einem Treffen im Juli 2003 offenbar einen ungewöhnlichen Vorschlag. Man könne der deutschen MCI-Tochter ja vortäuschen, eine Überwachungsgenehmigung zu besitzen, eine sogenannte G-10-Anordnung. Diese verpflichtet Telekommunikationsunternehmen, bei der Überwachung zu kooperieren. Nach einem Vermerk des BND lehnte der US-Chef von MCI die G-10-Legende ab. Er hätte zu viele Personen im Unternehmen einweihen müssen. Deshalb entschied die Runde wohl, die deutschen MCI-Chefs im Dunkeln zu lassen.

Allein der Versuch, eine G-10-Anordnung vorzutäuschen, wäre nach Meinung des Berliner Juraprofessors und Experten für Internetrecht Niko Härting eine Straftat. "Wir reden mindestens von Urkundenfälschung und Amtsanmaßung." Der Karlsruher Verfassungsrechtler Matthias Bäcker, der im NSA-Untersuchungsschuss bereits als Sachverständiger auftrat, sieht ebenfalls die Grenze zur Strafbarkeit überschritten. "Wenn diese Angaben so stimmen sollten, wäre das skandalös."

Wie geheim der BND die Operation Glotaic hielt, zeigt auch eine Anordnung Hannings vom 15. Oktober 2003. Alle operativen Ausgaben, Spesen auf Dienstreisen, Anschaffungskosten von Geräten und die Miete der Tarnadresse in Bayern sollten "abgeschirmt" werden. Sie sollten so verrechnet werden, dass am Ende der Bundesrechnungshof, der die öffentlichen Ausgaben kontrolliert, nichts von Glotaic erfährt. Insgesamt betrug die Kosten für die Operation, die offiziell von 2004 bis 2006 lief, angeblich über zwei Millionen Euro. Allein der Glasfaseranschluss für das Büro kostete 8990 Euro monatlich. Die Aufwendungen hätten sich BND und CIA geteilt, heißt es in internen BND-Unterlagen.

Glaubt man den Aussagen von Mitarbeitern des Kanzleramts, die für die Überwachung des BND zuständig sind, dann wussten selbst sie nichts über die Operation. Von Glotaic hätten sie jedenfalls noch nie gehört, gaben sie im Untersuchungsausschuss zu Protokoll. Wirklich?

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Monate vor dem offiziellen Beginn der Operation, am 25. Juli 2003, sandte Han-ning einen "Letter of Authorization" an George Tenet, den damaligen CIA-Chef. Darin versicherte er, dass seine Regierung der Operation zustimme und sie unterstütze. Es ist unwahrscheinlich, dass der BND-Chef den Brief ohne Absprache mit dem Kanzleramt abschickte.

Auch über die Daten selbst, die der BND für die CIA aus den Glasfaserkabeln heimlich ausgeleitet hat, gibt es widersprüchliche Angaben. Einer der BND-Beamten sagte aus, die Gespräche seien gefiltert und geprüft worden, um Deutsche oder US-Bürger zu schützen, bevor sie an die CIA weitergegeben wurden. Das alles sei "automatisiert" geschehen. Ein anderer Beamter sagte, alles sei "vollständig händisch" ausgewählt worden. Grundlage dafür waren auch die Selektoren, die der BND von US-Seite erhielt, also Spähziele der CIA wie etwa Telefonnummern.

Vermutlich um den Datenfluss zu verschleiern, wurden die abgefangenen Gespräche und Faxe zunächst in die Tarnwohnung nach Bayern geleitet und von dort an eine BND-Außenstelle nach Rheinhausen, wo der Nachrichtendienst als "Ionosphäreninstitut" firmierte. Allerdings ist einem vertraulichen Papier des BND zu entnehmen, dass die Audiodaten der abgehörten Gespräche "direkt nach USA geroutet" wurden, damit "die Audiofunktion ohne Aussetzer funktioniert". Die CIA erhielt also direkten und möglicherweise ungefilterten Zugriff auf Daten aus Deutschland. Es wäre ein brisanter Vorgang.

Erstaunlich ist auch ein BND-Vermerk, wonach die CIA dem BND diverse Rechner für die Operation zur Verfügung gestellt hat. Im Untersuchungsausschuss klangen die Aussagen dazu ganz anders. "Wir haben von der CIA dafür keine Technik erhalten", versicherte ein BND-Beamter. Entweder wusste er von der amerikanischen Leihgabe nichts, oder er log die Parlamentarier an.

Dass die Operation auch von Pannen begleitet war, gab der verantwortliche BND-Mann hingegen unumwunden zu. Versehentlich seien Anfang 2005 auch Telefonate von Europäern überwacht worden. In einer internen E-Mail des BND spricht der Verfasser sogar von Strecken mit "massiv deutschen Verkehren". Nach Meinung des BND-Kenners und Verfassungsrechtlers Bäcker kommt das öfter vor. "Dass auch die Kommunikation deutscher Grundrechtsträger mit abgefangen wird, halte ich tech-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

nisch für unvermeidlich." Die Betroffenen hätten dann das Recht, über ihre Überwachung Auskunft zu erhalten. "Dafür müssten sie aber erst mal wissen, dass sie überwacht wurden."

Nach außen erklärt der BND die Operation Glotaic für legal. Telefonate vom Ausland zum Ausland seien durch das Grundgesetz nicht geschützt. Für die Operation habe das BND-Gesetz gegolten, sagte ein Beamter im Ausschuss aus. Eine Auffassung, die Verfassungsrechtler Bäcker für "problematisch" hält: "Die Überwachung von Telekommunikationsinhalten ist nämlich im BND-Gesetz gar nicht geregelt." Internetrechtler Härting sieht es genauso: "Wer behauptet, Artikel 10 des Grundgesetzes, der das Fernmeldegeheimnis schützt, gelte nicht für in Deutschland überwachte Kommunikation aus dem Ausland, steht mit dieser Meinung ziemlich allein da."

Intern beurteilte der Bundesnachrichtendienst seine geheime Aktion denn auch höchst kritisch. In einem "Stammbblatt" vom April 2008 warnen die Verfasser: Eine Aufdeckung der Operation hätte "schwerwiegende Risiken" für den BND zur Folge, vor allem, wenn bekannt würde, dass die Überwachung nicht durch das G-10-Gesetz gedeckt gewesen sei. Man würde Vertrauen verlieren, bei den Parlamentariern, in den Kontrollgremien und in der Öffentlichkeit. Selbst eine "Schadensersatzklage" der US-Firma Verizon wird befürchtet, da bei Enthüllung der Spähaktion mit der Abwanderung von Kunden zu rechnen sei. Außerdem drohe die "Aufdeckung ähnlicher Operationen mit mindestens ebenso schwerwiegenden Risiken". War Glotaic also erst der Anfang?

Gegenüber dem SPIEGEL wollten sich weder BND noch CIA zu ihrer geheimen Operation äußern. Auch Verizon hielt sich bedeckt. Man betrachte das Thema als "eine Angelegenheit zwischen zwei Regierungen", teilte die US-Zentrale mit.